



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

499 (27.10.1921) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-196797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-196797)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 10.—. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 37.—, Postkontonummer 17999. ...

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Zeitg. Nr. 7.—. ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Das zweite Kabinett Wirth vor dem Reichstage.

Vertrauensvotum.

Das zweite Kabinett Wirth ist zustande gekommen, es hat sich gestern dem Reichstage vorgestellt und ein Vertrauensvotum erhalten, zu dem die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum beigetragen haben. Das neue Kabinett Wirth ruht also im wesentlichen auf denselben Grundlagen, wie das erste. Die Demokratische Partei ist in ihm nur noch durch den Reichswehrminister Gehler vertreten, aber sie stützt es. Rathenau ist nicht mehr Wiederbauminister. Wer an seine Stelle tritt, ist noch nicht sicher. Vielleicht kehrt er doch noch als Reichsminister wieder? In Berliner Blättern steht heute früh zu lesen, er sei nur auf „Urlaub“ verreist und werde bald in sein Amt wiederkehren...

Auch die „Frankfurter Zeitung“ hofft, daß Dr. Rathenau, mit dem das Haupt der Regierung so besonders verbunden war, das Wiederbauministerium wieder übernehmen wird. Das sei sachlich geboten, und da sollte ein formeller Grund für einen Mann, der nicht Abgeordneter ist, keine Geltung haben. Der Beschluß der demokratischen Fraktion, sich in dem neuen Kabinett nicht vertreten zu lassen, hätte Dr. Rathenau nicht zu binden brauchen, da er zwar Anhänger der Demokratischen Partei, aber nicht Mitglied des Reichstages und der Fraktion sei und die letztere durch ihn nicht vertreten sein könne. Es ist also wohl mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß Rathenau auch im zweiten Kabinett Wirth seine ausschlaggebende Stelle haben wird.

Das neue Kabinett Wirth ist also Geist vom Geist des ersten Kabinetts Wirth. Der große Gedanke, dem die Deutsche Volkspartei zustrebte, ein Kabinett auf breiterer Grundlage, ist nicht verwirklicht worden. Er hat bei den Sozialdemokraten offenen Widerstand, beim Zentrum und den Demokraten nicht die energische Unterstützung gefunden, die nötig gewesen wäre, um ihn durchzusetzen. Das Bündnis, das im Juli 1917 geschmiedet worden ist, stellt sich in festerer oder looserer Form immer wieder her. Ob es allerdings noch sehr lange leben wird, kann zweifelhaft sein. Aber vorläufig regieren uns dieselben Mächte und dieselben Ideen, die in den letzten Jahren Deutschlands Schicksal gewesen sind. Der lebendigste Ausdruck dieser Mächte und Ideen ist Dr. Wirth. Ihn stützt eine Mehrheit, die vom Zentrum bis zu den Unabhängigen reicht.

Es war selbstverständlich, daß dieses zweite Kabinett Wirth auch die auswärtige Politik des ersten weiterführen würde. Die Politik der Erfüllung wird fortgesetzt werden, die Regierung wird sich der geforderten Entscheidung eines Bevollmächtigten nicht entziehen und glaubt nicht, daß dadurch die deutsche Rechtsauffassung aufgegeben oder verändert werde. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war bestänzlich der Ansicht, daß die Entsendung eines Kommissars zu Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Mantel-Note die Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung in sich schließt und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß die Regierung und der Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen des Verbands, die uns deutsches Land entziehen und selbst in dem uns verbleibenden Teil von Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen könnten.

Die Zukunft wird lehren, ob die Bedenken der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei begründet sind und schwerer wiegen, als die Furcht vor neuen Zwangsmahnahmen, die zu dem zweiten Kabinett Wirth und seiner Bereitschaftserklärung geführt hat, den deutschen Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen zu entsenden.

Das Kabinett der Persönlichkeiten.

Wiederkehr der alten Männer.

Berlin, 27. Oktober.

(Von unserm Berliner Büro.)

Es ist doch ein wenig so, wie es vor 6 Monaten beim Ultimatum war. Man hat ein paar Wochen lang hin und her verhandelt, dann hat man, als das Feuer unter den Rägeln das Fleisch zu versengen begann, sich doch für ein Verlegenheitsgebilde entschlossen, für eine Koalition, deren Grundlage noch schmäler ist, als die vorige war, und die man uns schmachtend zu machen versucht, indem man erklärt, es sei gar keine Koalition! Dieses neue Ministerium, das mit Ach und Weh in den letzten 24 Stunden geboren, ist ein Kabinett der „Persönlichkeiten“, wobei es für böse Menschen vielleicht als eine eigenartige Übung des Geschickes empfunden werden wird, daß die uns heute als Persönlichkeiten vorgestellten Herren im wesentlichen identisch sind mit den mehr oder weniger schlichten Männern, die auch dem ersten Kabinett Wirth schon angehört. Dabei wird man von Herrn Gehler freilich abzusehen haben. Was ihn veranlaßt, den Bitten des Kanzlers nachzugeben und auszuharren, was seine Fraktion bewog, dem zuzustimmen, waren wirklich nur sachliche Rücksichten, denen man schwer genug beugte, war die Furcht, unsere mühsam genug aufgebaute Wehrmacht zu beunruhigen und neuen Parteigeisern auszuliefern. Aber sonst? Drei wichtigen Ressorts fehlen noch ihre Leiter. Das Auswärtige will der Kanzler einstweilen verwalten. Auf die Finanzen legt sich Herr Dr. Hermes, des Ernährungsministers rüstige Kraft. Der Wiederbau schwebt überhaupt noch in der Luft. Hier sind die Persönlichkeiten noch zu finden. Neue Männer dagegen sind: Herr Köster, der im Vorjahre für ein paar Wochen das Auswärtige ver-

und nun ins Innere übersiedelte und Herr Professor Kadbruch, der seit einiger Zeit mit dem preussischen Justizministerium flebäugelte und jetzt vielleicht noch dem Grundsatz „carpe diem“ sich mit dem Posten im Reich begnügen will.

Gewiß, Herr Dr. Wirth hätte es wohl anders gewünscht, aber kann man es der Volkspartei verargen, wenn sie Bedenken hatte, einem Kabinett sich anzuvertrauen, von dem sie nicht wußte, zu welchem Gestade dieses schwankte Schiff Dank dem sozialistischen Teil der Besetzung sie noch tragen würde?

In einem Stück unterscheidet dieses neue Gefüge des Kanzlers Wirth sich von jenem der verhängnisvollen Maienacht. Er spricht nicht ganz so lang wie damals. Er verzichtet überhaupt — und mit guten Gründen — heute sein Programm zu entwickeln. Eine kurze Vorstellung der neuen und alten Männer, dann ist er bei dem Thema des Tages, dem einzigen, dem in würdigen, eindrucksvollen Sätzen schon Präsident Löbe in seiner Einführungsrede gedacht hatte: Bei Oberschlesien. Die neue Regierung identifiziert sich in diesem Punkte mit ihrer Vorgängerin. Auch ihr bedeutet die Entscheidung der Botschafter-Konferenz Unrecht und Unglück. Das wird im einzelnen begründet vielleicht ausführlicher, als für deutsche Hörer von Nöten wäre. Diese Regierung will auch dem Zwange gehorchen und aus wohl nicht ganz unberechtigter Angst vor neuer Willkür einen Vertreter zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Polen entsenden. Noch eins ist zu beachten: Dieses zweite Kabinett Wirth wünscht nicht zu verheimlichen, daß durch die oberschlesische Entscheidung Deutschlands Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt wurde, wenn es auch weiterhin den guten Willen zu bekunden gedenkt, den „laufenden Verpflichtungen“ nachzukommen. Diese Gesichtspunkte werden am Schlusse vom Kanzler dann noch einmal kraß zusammengefaßt. Es ist vermutlich der Wortlaut der Bewahrungsnote, mit dem das Kabinett die Entsendung seines Kommissars begründet wird.

Herrmann Müller heißt das Vorgehen der Entente eine Gewaltmaßnahme, aber am Ende steht doch der müde, engbrüstige Satz: Die Sozialdemokratie verlangt das Festhalten an dem Erfüllungswillen, keine Politik der Rache und der Extreme. Auch Herr Hergt, der in diesem Saal einmal das Wort Irredenta hinwirft, hat sich mehr im Zaune, als das sonst seine Gewohnheit ist. Und dann steht der Sozialpartei-Kahl auseinander, worum nach der Ansicht seiner Freunde schon in der Entsendung eines Kommissars die Anerkennung für den Gewaltspruch der Entente ist. Die demokratische Fraktion wird der Entsendung eines Kommissars zustimmen unter der Voraussetzung, daß daraus keine Anerkennung des Senfer Vertrauensbruches gefolgert wird.

Langsam — die Nacht zog näher schon — die 10. Abendstunde hat begonnen, liegen sich nunmehr die Konjunkturen der Mehrheit absehen, die die Regierung gestern auf sich vereinigte. Zu denen, die die vom Zentrum und Sozialdemokratie eingebrachten Entschlüsse ablehnen — kein Vertrauensvotum, nur eine laue, vorsichtig zustimmende Erklärung zu den Ausführungen des Kanzlers — werden außer den Klauselparteien rechts und links, den D. N. u. den Kommunisten, die Bayerische und die D. V. P. gehören. Die Demokraten stimmen mit Vorbehalt und Einschränkung dafür; vielleicht darf man sagen: Einmal und nicht wieder. Mit der formulierten Erklärung, die für die bayerische Gruppe abgegeben wird, ist das Interesse des Hauses erloschen. Noch ödet darnach Dr. Levi die erschöpfte Versammlung, das Ergebnis wird dadurch nicht geändert. Auch als Kabinett der Persönlichkeiten verfaßt das Ministerium Wirth nur über die Befolgung der beiden Gruppen, die in ihm vertreten sind. Und so prägt die Geburtsstunde der neuen Regierung ihren Übergangscharakter mit einem Wort: Die Notwendigkeit der großen Koalition.

*

Berlin, 27. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die Reichstags-Sitzung hat gestern bis um 12 Uhr gedauert. Unter diesen Umständen findet man in den Berliner Blättern nur erst sehr spärliche kritische Betrachtungen. Die meisten begnügen sich mit einer Schilderung des eigentlichen Verlaufes der Sitzung. Nur ein paar Stimmungsproben lassen sich erhaschen. Die „Germania“ bläst beglückt in die große Posaune: „Der Reichstag hat sich gestern mit großer Mehrheit hinter die neue Regierung gestellt und dann ihre Haltung zu der selben gemacht. Die formell koalitionslose Regierung kann sich auf die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes stützen.“ Zu ganz anderen Schlüssen kommt die „Börsezeitung“ und kommt damit der Wahrheit erheblich näher. Da heißt es: „Es wird schwer, zu glauben, daß die gestrige Sitzung bereits die innerpolitische Lage geklärt hätte. Die Situation gestern verbot es, strikte die Vertrauensfrage zu stellen, und so ist es eine unbestreitbare Wahrheit, daß schon eine nahe Zukunft zur Rückkehr auf den Weg, den man zunächst verlassen mußte, weil die Sozialdemokratie es so wollte, uns bringen wird.“ Selbst das „Berliner Tageblatt“ bleibt voll Stupel und Zweifel und meint von der gestrigen Kanzlerrede: „Die Erklärung des Kanzlers ist vorsichtig formuliert und man wird ihr im Augenblick beipflichten können. Aber die Frage ist: Was kommt danach? Aus der Ulsteinpresse tönt uns der große Schmerz um Rathenau entgegen. Die „Morgenpost“ versichert, Herr Dr. Rathenau sei nur auf „Urlaub“ verreist und in einigen Tagen würde er wieder an die Spitze des Wiederbauministeriums zurückkehren. Das könnte, wenn das wahr wäre, der demokratischen Partei draußen im Lande einen erheblichen Teil ihrer Intelligenz kosten.

Der „Vorwärts“ schreibt hinsichtlich des Wiederbauministeriums, daß dieses für Dr. Rathenau offen bleibt, der aber erst das Ergebnis der Pariser-Kammerdebatte ab-

warten will, das ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens nicht verdacht werden könne. Die „Freiheit“ urteilt über das Kabinett Dr. Wirth folgendermaßen: „Ihr Gepräge erhebt die neue Regierung durch Dr. Wirths Erklärung, die er im Reichstage vorgetragen hat und die der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens stärkeren Ausdruck gab. Manches, was er sagte, entspricht nicht unseren Auffassungen. Aber richtiger als einzelne Redemendungen ist für uns die Tatsache, daß Dr. Wirth einen Kommissar ernannt und die Verhandlungen mit Polen führt.“

Deutscher Reichstag.

133. Sitzung.

Berlin, 26. Okt., 4 Uhr nachm.

Haus und Tribünen sind überfüllt. Auf dem Reichstagsgebäude wehen die Fahnen auf halbmast.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Entscheidung der Botschafter-Konferenz über Oberschlesien.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und führt unter anderem aus, die Sitzung müsse Stellung nehmen zu dem schweren unheilvollen Schlag, den das Vaterland unter der Zerreißung Oberschlesiens erlitten habe. Er wolle der Entscheidung des Hauses nicht vorgreifen, aber er müsse doch einige Worte sagen, indem er der 220 000 Familien gedenke, die ihre Stimme für Deutschland abgaben und die nun gezwungen von uns Abschied nehmen müßten. Wir wollen ihnen noch einmal die Hand auf die Schulter legen und sagen: Treue um Treue. Dieses Gelöbnis wird gehalten. (Bravo.)

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten nimmt der

Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort: Auf Grund der Bitte des Reichspräsidenten habe ich die Neubildung des Kabinetts übernommen. Die Liste der Minister ist folgende:

- Reichskanzler und Äußeres Dr. Wirth,
- Vizekanzler und Schatzminister Bauer,
- Inneres Dr. Köster,
- Wehrminister Dr. Gehler,
- Wiederbau und Befestigung Dr. Wirth,
- Wirtschaftsminister Robert Schmidt,
- Ernährungsminister und vorläufiger Reichsfinanzminister Dr. Hermes,
- Postminister Giesberts,
- Arbeitsminister Braun,
- Verkehrsminister Gröner,
- Justizminister Dr. Kadbruch.

Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innenpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Ich habe von dem Herrn Reichspräsidenten das verantwortungsvolle Amt übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, daß es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krisis der Regierungsbildung oder durch eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen. Ich spreche auch diesen Männern an dieser Stelle besonderen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. (Beifall links.)

Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt worden, innerhalb kürzester Frist Stellung zu der Entscheidung der Botschafter-Konferenz über Oberschlesien zu nehmen und die damit verbundenen Entschlüsse durchzuführen. Vor die Entscheidung der Botschafter-Konferenz gestellt, hat sich die frühere Regierung entschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzuzeigen und mit diesem Schritt die Auffassung bekräftigt, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien in der Form wie sie erfolgt ist, als

ein Unrecht, ein Unglück

ansieht. Sie hat zugleich mit dem ihren Rücktritt begründenden Schreiben an den Reichspräsidenten sich dahin ausgesprochen, daß durch den Spruch der Botschafter-Konferenz eine neue politische Lage geschaffen sei. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß auch sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. Auch die neue Regierung ist der Meinung und betont dies feierlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Botschafter-Konferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Entscheidung durften nach dem Vertrag die Hauptmächte nur selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch entledigt, daß sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten ersuchten und zugleich untereinander dahin übereinkamen, dieses Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend hinzunehmen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden identisch ist, verstößt die hierin liegende Uebertretung der Entscheidung an eine andere Ansicht.

gegen den klaren Wortlaut des Friedensvertrages.

(Lebhafte Zustimmung.) Die getroffene Entscheidung muß selbst anerkennen, daß die alliierten Hauptmächte nicht in Stande gewesen zu finden, eine Grenze zu finden, die sowohl dem durch die Abstimmung bekundeten Willen der Einwohner, als den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht wird. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessen gebiete gerührt, also die Gefahren u. Nachteile für das Land Oberschlesiens nicht vermeidet, die durch die Abstimmung des Vertrages vermieden werden sollte. Daraus ergibt sich, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden dürfte, weil sie die

Deutschland durch den Vertrag gewährleistet Rechte verleiht. (Lebhafte Zustimmung.) Zugleich mit der Festlegung der Grenzlinie, haben die alliierten Hauptmächte beschloffen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsregime aufzuzwingen, eine Maßregel, die gänzlich außerhalb der ihnen zustehenden Befugnisse liegt. (Sehr richtig!) Artikel 92 verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen ergänzende Abkommen zu treffen; keineswegs bestimmt er, daß der Inhalt eines solchen Abkommens von den Alliierten diktiert werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den alliierten Hauptmächten in einer ihr geeignet erscheinenden Weise unverhüllt zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Entscheidung der Völkerkonferenz als gegen den Vertrag und das Recht verstößend betrachtet, und daß sie

Deutschlands Rechte auf das uns entzogene Land in keiner Weise als beeinträchtigt erachten kann, durch einen Zustand, der hier durch Gewalt geschaffen werden soll. (Beifall.) Die nächste und dringliche Aufgabe ist, ob dem Verlangen der alliierten Hauptmächte nachgegeben werden soll, einen Vertreter zu den wirtschaftlichen Verhandlungen über das Uebergangsregime zu entsenden. Eine Regierung, deren Pflicht es ist, Politik zu machen, hat nicht die unerforschlichen Wege der Geschichte voranzusehen, sie kann nur eine Entscheidung treffen, die den Interessen Oberschlesiens selbst und des ganzen deutschen Landes gerecht wird. Unsere erste Pflicht ist es, die hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Nachspruch der alliierten Hauptmächte zu Polen geschlagen werden sollen, nicht im Stich zu lassen und den Versuch zu machen, die durch die Zerstückung von Oberschlesien drohende Verelendung der Industriegebiete so weit wie möglich abzumildern. Von solcher Betrachtungsweise ausgehend, wird die neue Regierung einen Bevollmächtigten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen ernennen und dies den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Auch hierin stimmt die neue Regierung ihrer Vorgängerin vollkommen zu. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, und es wäre ein schwerer Fehler, dem deutschen Volk und dem Ausland zu verheimlichen, daß die Deutschland nach den vorausgegangenen Verstimmlungen seines Territoriums und nach den Verheerungen der Nachkriegszeit verfallene Wirtschaftskraft durch die Entscheidung über Oberschlesien eine weitere Verminderung erfahren hat, die alle Berechnungen hinsichtlich der

Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen aufs neue stark im Zweifel steht.

Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes betrug die Bevölkerungszahl im Abstimmungsgebiet 1 950 000 Einwohner, von denen wir 965 000 Einwohner, oder 49 Prozent, verlieren sollen. Setzt man diese Zahl in Vergleich zu dem Abstimmungsergebnis: 62 Prozent, so werden nach der Entscheidung 11 Prozent mehr von der Bevölkerung von uns abgetrennt, als für Polen gestimmt haben. (Hört! hört!) Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß das Ergebnis der Abstimmung ein sehr viel günstigeres für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstimmung in voller Ruhe und unter wirksamem Schutze sich abgepielt hätte. (Sehr richtig) und nicht, wie in großen Teilen verschiedener Kreise es geschehen ist, unter furchtbarem polnischen Terror. (Sehr wahr.) Mit dem abzutretenden Gebiet gehen uns große und blühende deutsche Städte verloren, die als die Zentren deutscher Kultur in Oberschlesien anzusehen sind. Ich erwähne insbesondere die Städte Kattowitz und Königsbrunn, die mit 81 bzw. 78 Prozent aller abgegebenen Stimmen ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande bekundet haben. Die Grundlage, der Oberschlesien seine Blüte verdankt, bilden seine Bodenschätze, unter denen die Kohle den ersten Platz einnimmt. Von 61 Betrieben, die Steinkohlen fördern, sollen 49,4 an Polen, jedoch nur 11,4 deutsch bleiben. Von den 61 Gruben wurde eine Jahresförderung von 31,76 Mill. Tonnen erzielt; davon sollen 24,6 Mill. Tonnen an Polen und 7,1 Mill. Tonnen verbleiben bei Deutschland. In anderen Worten erhält Polen 75,5 Prozent der ober-schlesischen Kohlenförderung. Bedenkt man, daß die Kohlenvorkommen bis tausend Meter Tiefe führen, so verbleiben Deutschland von 60 Milliarden Tonnen nur etwa 5,5 Milliarden Tonnen, sodas 90 Prozent der Kohlenvorkommen an Polen fallen.

Der Kanzler schilderte sodann des weiteren ausführlich, was wir in Oberschlesien an Werten verlieren, legte gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung feierlichst Verwahrung ein und fährt fort: Lediglich durch die in der Rede ausgesprochene Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die Regierung gezwungen, dem Diktat der Rächte entsprechend, die darin vorgesehene Delegation ohne damit ihre Rechtsauffassung zu ändern, zu ernennen. (Beifall.)

Hg. Müller-Franken (Soz.)
dant den ober-schlesischen Wählern für ihre Haltung, umso mehr, als gerade die deutschen Gewerkschaften dort die härtesten Träger des deutschen Gedankens gewesen seien. Wir möchten den Oberschlesien praktische Hilfe leisten. Der Idee des Völkerbundes habe der Spruch jedenfalls bei uns keinen Dienst erwiesen. Der Spruch hätte von einem unabhängigen Gerichtshof gefällt werden müssen, nicht von den Beteiligten selbst. Lloyd George habe selbst auf anderem Standpunkte gestanden, sei aber doch schließlich umgefallen. Der Beruf Oberschlesiens erfüllter die Erfüllungsmöglichkeit; daran ändere auch das fünfjährige Interregnum nichts. Die Entscheidung widerspreche dem Friedensvertrag und schaffe für Oberschlesien ein ganzes Reihe fortwährender Streitpunkte. Der wirtschaftliche Gedanke müsse über den nationalpolitischen liegen. Darum müßten die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen im Sinne der Verteidigung geführt werden. Der Redner dankt dem Reichstanzler im Namen seiner Partei für seine Opferwilligkeit in schwerster Stunde. Sollte die Entscheidung heute gegen den Reichstanzler aus, habe die Mehrheit auch die Pflicht, die Regierung zu bilden.

Hg. Miska (Z.):
Die Hoffnung auf den Gerechtigkeitsinn der Entente war zerlegt. Speziell Lloyd Georges Worte waren eine Enttäuschung. Jede Rücksicht auf den Willen der Oberschlesier ist fallen gelassen worden. Städte mit über 85 Prozent deutschen Stimmen sind zu Polen geschlagen worden. Würde jetzt die Frage zur Abstimmung gestellt: Ganz zu Deutschland oder geteilt zu Polen, so würden die meisten Oberschlesier, die damals für Polen stimmten, heute für Deutschland stimmen. (Sehr richtig!) Das uns diktierte Wirtschaftsabkommen mit Polen enthält unerhörte Zumutungen für Deutschland, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. Der Reichstanzler hat alles getan, um Oberschlesien zu retten. Der von uns ersehnte Frieden mit Polen ist durch die Genfer Entscheidung unmöglich gemacht. Deutschland wird nie den Verlust dieses Landes ererben können. Das Wirtschaftsabkommen mit Polen kann Oberschlesien nicht helfen. Wir versprechen es, wenn die Regierung unter dem Zwang der Voge dennoch einen Kommissar entsendet. Wir müssen aber verlangen, daß der deutsche Vertreter wirklich Gleichberechtigung erhält. Durch die Entsendung

unseres Vertreters wird unser feierlicher Protest nicht berührt. Wir hoffen auf die Gerechtigkeit der Weltgeschichte. Deutsche und Oberschlesier bleiben trotz aller Grenzen zusammen. (Beifall.)

Hg. Hergt (Dnall.):
Es ist sehr bedauerlich, daß die Leiter der deutschen Politik sich nicht zu einer rühmlichen Abwehr haben ausschwingen können. Der Reichstag hat sich der Situation nicht gewachsen gezeigt. Wir haben ein klares Recht auf das ungeteilte Oberschlesien. (Beifall.) Das Genfer Diktat ist schlimmer als das Londoner Ultimatum. Wir erheben den härtesten Protest gegen seine Annahme. Wir entgehen damit auch nicht dem Konflikt, der einmal ausgetragen werden muß. Wir müssen den Gegnern beweisen, daß wir entschlossen sind, die letzten Konsequenzen aus unserer eigenen Lage zu ziehen. Darum müssen wir nicht nur das Genfer Diktat ablehnen, sondern auch die Entsendung eines deutschen Delegierten für das Wirtschaftsabkommen. (Von der Zuschauerröhre wird gerufen: Annetlicher und Protestierer herrscht! Präsident Lohde verwahrt den Ruf.) Wir müssen jetzt endlich übergeben von der passiven Duldungspolitik zu einer Politik des Willens. Wir müssen Kredite treiben, ob wir wollen oder nicht. (Beifall rechts.) Wir werden nicht ruhen und rasten, bis die Wiedervereinigung mit Oberschlesien da ist. Wir bedauern, daß die Garantie für diese große Politik nicht in der Zusammenziehung der neuen Regierung gegeben ist. Es scheint, als ob es bei der alten Politik bleiben soll. Der Erfüllungsmomentismus muß verschwinden. Unser Trost ist, daß das neue Kabinett nur eine Episode, nur eine Eintagsfliege sein wird. (Bravo rechts.)

Hg. Raikahn (Komm.) erhält wegen des Zwischenrufes: Ihr Verbrecher seid die Schuldigen! einen Ordnungsruf.

Hg. Kahl (D.V.P.)
bedauert, daß das Interesse an der Kabinettsbildung die Gefahr für Oberschlesien ganz zurückgedrängt hat. Wir stellen die Forderung, alles andere vor dem Rechtsbruch zurücktreten zu lassen. Wir sind nicht durchgedungen damit. Wir wollen die brutale Gewalt gezwungen über uns ergehen lassen und keinen Zweifel darüber lassen, daß wir das Unrecht nicht als Recht anerkennen können, daß Oberschlesien deutsch ist und von uns als deutsch auch fürderhin betrachtet werden soll. Auf diesem Standpunkt stehen wir noch heute. Auch die Sanktionen widersprechen schon dem Versaillesvertrag und dem Völkerecht. Das Wirtschaftsabkommen ist aber geradezu ein Hohn. Kein Wort davon steht im Friedensvertrag. Es ist erzwungen und ein Rechtsbruch im schwersten Sinne. Man will uns damit nur den Vorwand nehmen, so sagen, daß wir durch den Verlust Oberschlesiens an der Erfüllung unserer Vertragspflichten behindert seien. Das unsere Leistungsfähigkeit auf das erniedrigste gesunken ist, steht außer allem Zweifel. Wir haben nicht die Sicherheit, daß die Entsendung eines deutschen Delegierten nicht als Anerkennung des Diktats ausgelegt wird. Die Nichtentsendung ist die einzige klare Form der Ablehnung. Darum sind wir gegen die Entsendung. Die Genfer Entscheidung muß unter schwachen Vertrauen zum Völkerbund vollends erschlittern. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Lohde teilt mit, daß von den Parteien der Rechten und Linken namentliche Abstimmungen über einen Vertrauensantrag des Zentrums und der Sozialdemokraten beantragt worden ist.

Hg. Dr. Breitfeld (U.)
beslagt auch für seine Partei den Verlust Oberschlesiens. Die Entscheidung über Oberschlesien ist die folgerichtige Entwertung der imperialistischen Politik. Die internationale Arbeiterklasse wehrt sich gegen diesen Imperialismus, aber sie kann dabei nicht die von Herrn Hergt empfohlenen Mittel anwenden. Das ober-schlesische Problem ist in Wirklichkeit ein soziales. Die Arbeiter wurden politisch, weil deutsche Unternehmer sie unterdrückten. In der Beurteilung der Rechtsfrage stimmen meine Freunde nicht mit dem Reichstanzler überein. Das formelle Recht des Friedensvertrages würde eine Teilung Oberschlesiens zulassen. Die Entscheidung entspricht aber nicht den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen des Landes und nicht der Abstimmung der Bevölkerung. Wir bedauern die Zerstückung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Dem neuen Kabinett sagt der Redner in gewissem Sinne Unterstützung zu, ohne sich indessen zu binden.

Präsident Lohde verliest eine Kundgebung des Provinzialausschusses der Provinz Schlesien, der von allen Parteien, von der D.V.P. bis zur S.P.D., unterzeichnet ist und die Ablehnung des Genfer Diktats fordert.

Hg. Schöding (Dem.)
verliest folgende Erklärung seiner Partei: Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entsendung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Fragen zu unter der Voraussetzung, daß sich hieraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrage widersprechenden Entscheidung ergibt. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung von diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und durch ihre fällige Stellung zum Ausdruck bringt. Da sie darüber nach den Verhandlungen bei der Regierungsbildung die nötige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermag sie sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Im Hinblick auf die Eigenart des Wirkungskreises des Reichswehrministers hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Geßler dem demnächstigen Erlass des Reichstanzlers auf weitere Gewährleistung dieses Ministeriums entsprechen hat. In der Hoffnung, daß dieses wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wechsel der politischen Konstellationen entzogen bleibt, Redner weist den Vorwurf zurück, daß seine Fraktion sich unehrenhaft benommen habe. Wenn eine Regierung die Ueberzeugung gewonnen hat, ihre Aufgabenpolitik sei ohne Erfolg geblieben, dann habe sie die Pflicht zurückzutreten. Die Exekutive Oberschlesiens trägt die Lasten des unerschütterlichen Raubes. (Beif. Zustimmung.) Für politische Konflikte müßte endlich ein unabhängiges Tribunal geschaffen werden. Deutschland habe nach dieser Entscheidung ein Recht auf Herabsetzung der Reparationsleistung.

Hg. Emminger (D.V.P.)
verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die schärfsten Einspruch gegen das Reichsdiktat erhebt und sich gegen die Entsendung eines deutschen Delegierten ausspricht.

Inzwischen ist ein Antrag der D.V.P. und S.P.D. sowie des Daner, Bauernbundes eingebracht, in der gegen den Genfer Spruch Einspruch erhoben und betont wird, daß das deutsche Volk niemals diesen neuen Gewaltakt als Recht anerkennen, vielmehr in dem deutschen Oberschlesier seinen Bruder und in der ober-schlesischen Erde deutsches Land sehen werde.

Hg. Heidemann (Kommunist.)
Der Völkerbund erweist sich immer mehr als ein Staatsbund und ein Wölkerbund zur Heberhebung des internationalen Proletariats. Die Schuldigen an dieser Politik sind aber die Vertreter des alten Kurles und die Rechtssozialisten.

Hg. Dr. Leon (Komm. Arb.-Dem.):
lehrt der Regierung die Unterfaltung seiner Partei zu, wenn die Regierung ernstlich den Kampf gegen die Reaktion führen wird.

Die Hg. Marg (Ztr.), Müller-Franken (Soz.) und Ledebour (U.S.) geben die Erklärung ab, daß ihre Fraktionen nur für einen Vertrauensantrag stimmen werden. Dann kam man zur

Abstimmung
Es wurde zunächst über den Antrag Marg-Weis abgestimmt, der eigentlich Regierungsantrag ist und der neuen Regierung das Vertrauen ausdrückt. Es wurden 371 Stimmen abgegeben, davon mit „Ja“ 230, mit „Nein“ 132, bei 9 Stimmenthaltungen, sodas das Kabinett Wirth heute über eine recht stattliche Majorität verfügt. Für den Antrag stimmten Zentrum, Demokraten, Mehrheits- und unabhängige Sozialdemokraten.

Dann kam der deutsch-nationale-volksparteiliche Antrag zur namentlichen Abstimmung mit folgendem Ergebnis: Es wurden abgegeben 369 Stimmen, davon mit „Ja“ 152, mit „Nein“ 213, bei 4 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden. (Applaus rechts.)

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte über das Datum der nächsten Reichstagsitzung vertagte man sich auf Donnerstag, den 3. November.

Der angebliche Vertrauensbruch der Deutschen Volkspartei.

Eine Unwahrheit.
H. B. Berlin, 26. Okt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt die Behauptung der sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Scheidemann und Wels, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten der Presse Mitteilungen über die vertraulichen interfraktionellen Besprechungen am Montag nachmittags gemacht und hätten dadurch aus rein parteitaktischen Erwägungen heraus einen die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch begangen, für vollkommen unwahr. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ habe lediglich einen Bericht über die Sitzung gebracht, in der die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu den vorausgegangenen Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung nahm und in der sie zur Ablehnung der geplanten Regierungskoalition gelangte. In bezug auf die Verhandlungen beim Reichspräsidenten sei in diesem Bericht lediglich gesagt, daß die Fraktion zu ihnen Stellung nahm und daß sich bei diesen Verhandlungen weitgehende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Haltung der Parteien zur ober-schlesischen Frage gezeigt hätten. Im übrigen sei lediglich der Standpunkt der Fraktion dargelegt worden, daß eine Grundlage für die große Koalition zurzeit nicht gegeben sei, weil die von der Deutschen Volkspartei vertretene Auffassung nicht von allen zur Regierungsbildung berufenen Parteien gebilligt werde.

Von der sozialdemokr. Fraktion sei mit keinem Wort gesprochen und irgendwelche Äußerung sozialdemokr. Führer mit keinem Wort wiedergeprochen worden. Es handelt sich also bei der Erklärung der 3 sozialdemokratischen Abgeordneten um eine durchsichtige Tendenzmeldung, und bei der Ueberschrift, die der Vorwärts der Erklärung gibt, um einen geschicklich unbegründeten Vorwurf. Wenn ferner gesagt wird, daß die Wiedergabe der Auffassung der Reichstagsfraktion der D. V. P. in der ober-schles. Frage eine Schädigung der Landesinteressen bedeute, so müßte dieser Vorwurf in erster Linie den Vorwärts und andere sozialdemokratische Organe treffen, die die Ausschlußlosigkeit eines Widerstandes wiederholt betont haben.

Zur Entscheidung über Oberschlesien.

Vorschläge für deutsche Vertreter bei den wirtschaftlichen Verhandlungen.

H. B. Berlin, 27. Oktober. Die ober-schlesische Industrie hat, wie ein Telegramm aus Katowitz meldet, folgende Vertreter für die wirtschaftliche Regelung mit Polen in Vorschlag gebracht: den Grafen Wilczek, den Kammerpräsidenten von Kleefeld, den ehemaligen Staatsminister v. Raumer. Die „Allg. D. Sta.“ nennt als Delegierten für die gemischte Kommission zur Regelung des Wirtschaftsabkommens in der ober-schlesischen Angelegenheit den früheren Staatssekretär Geh. Rat. Bunzel, den Grafen Prachma und den Pfarrer Miska.

Trauer und Protest.

H. B. Gleiwitz, 26. Okt. Die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung beschloß, zum Zeichen der Trauer und des Protestes über die ober-schlesische Entscheidung alle Geschäfte und Lokale um 6 Uhr zu schließen. Auf Anregung der Kaufmannschaft hat die geplante Kundgebung bereits um 3 Uhr begonnen.

Korsantj freut sich der Erfolge seines Aufstandes.

H. B. Warschau, 26. Okt. Die für heute angelegte Parlamentsitzung, in der die Regierungserklärung über die ober-schlesische Entscheidung erwartet wurde, mußte verschoben werden, da in der Kommission für Auswärtiges noch keine Einigung erzielt werden konnte. In der Kommission sprach Korsantj als Sachverständiger und betonte, daß ohne seinen Aufstand Polen nur Pleh und Rybnik sowie kleine Streifen längs dieser Kreise erhalten hätte. Zu den wirtschaftlichen Klaukeln führte Korsantj aus, daß eine plötzliche Veränderung des ober-schlesischen Wirtschaftssystems verderblich sei, daß aber die Uebergangszeit von 15 Jahren zu lang sei. Die schwerste Bedingung für Polen sei die Beibehaltung der deutschen Baluta für 15 Jahre. Wenn die Deutschen in den Verhandlungen diesen Termin nicht verringern sollten, so könnten sie dazu durch das Steigen der polnischen Wirt gezwungen werden. Weiterhin führte Korsantj aus, man müsse in den Verhandlungen darauf dringen, daß die Rechte der polnischen Minderheit auch über den Uebergangszeitraum hinaus gesichert würden.

Der polnische Gesandte bei Briand.

H. B. Paris, 26. Okt. Der polnische Gesandte bestätigte heute vormittag dem Ministerpräsidenten Briand, daß seine Regierung die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien angenommen habe und drückte ihm nach der Havasagentur den Dank dafür aus, daß Frankreich bei dieser Gelegenheit Polen seine wohlwollende Unterstützung bewiesen habe.

Das Vertrauensvotum für Briand.

H. B. Paris, 26. Okt. Ministerpräsident Briand hat die Tagesordnung Manaut angenommen, in der gesagt wird, daß die Kammer die Erklärung der Regierung billige und Vertrauen in die Fortigkeit derselben und in das Einverständnis mit Frankreichs Alliierten, die Realisierung des Rechtes sicherzustellen, habe, und sie vertraue darauf, daß die Regierung fortwähre, das Prestige Frankreichs im Auslande zu verteidigen, den Frieden nach außen und die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Dadurch würde sie eine weitgehende Politik republikanischer Union durchführen. Die Kammer lehne jede weitere Debatte grundsätzlich ab und geht zur Tagesordnung über.

H. B. Paris, 26. Okt. Die Tagesordnung Manaut, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, wurde in ihrer Gesamtheit mit 338 gegen 172 Stimmen angenommen.

Die Deutsche Volkspartei und der Mittelstand.

Senator Beythien in Mannheim.

Die Mittelstandskundgebung, die die Deutsche Volkspartei Mannheim gestern abend im Kasinoaal veranstaltete, nahm in jeder Hinsicht einen erfreulichen Verlauf. Was wir hörten, war das Hohelied des selbständigen Mittelstandes. Und wir hörten es aus dem Munde eines Mannes, der sich selbst als Handwerkerssohn betannte und ein warmes Herz wie das höchste Verständnis für die Sorgen und Räte des Mittelstandes bewies. Senator Beythien führte das Wort aus den „Meisterfingern“ an: Verachtet mir die Meister nicht. Das war das durchgehende Motto seiner großen Rede. Und ebenso durchdrang sie ein anderes Bekenntnis, das er ablegte: Besser ein kleiner Herr als ein großer Sklave. Wir können nur allen Anhängern und Freunden des Mittelstandes dringend empfehlen, den folgenden Bericht genau zu studieren, sie werden sehen, daß die Sache des Mittelstandes bei der Deutschen Volkspartei in den besten Händen ist.

Dieses gestand eigentlich auch zu ein Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, der in der Diskussion sprach. Beythiens Ausführungen hobes Lob spendete und äußerte, diese Rede hätte Beythien ebensogut in der Wirtschaftlichen Vereinigung halten können. Die sich aus dieser Anerkennung ergebende Folgerung, daß wenn die Deutsche Volkspartei ebenso entschieden für die Interessen des Mittelstandes eintritt, wie die Wirtschaftliche Vereinigung, letztere doch eigentlich überflüssig sei, die zog der Redner allerdings nicht. Aber Senator Beythien zog sie und die Versammlung stimmte ihm zu. Und er mußte in so bereiter und schlagender Weise das noch immer nicht geschwundene Mißtrauen des Mittelstandes und insbesondere des Hausbesitzes gegen die politischen Parteien zurückzuweisen — Beythien ist Direktor des hannoverschen Haus- und Grundbesitzervereins —, wies so unwiderleglich nach, was gerade die Deutsche Volkspartei zum Schutze des soliden Hausbesitzes getan und gegenüber den Anschlägen des Reichsmietengesetzes und sinnlosen Projekten zu tun beabsichtigt, daß von den anwesenden Vertretern der Wirtschaftlichen Vereinigung niemand mehr sich zum Wort meldete, um die Opposition fortzusetzen. Wir möchten hoffen, daß der Vortrag auf alle Kreise des Mittelstandes aufklärend und beruhigend gewirkt hat und empfehlen nochmals allen Hausbesitzern, Handwerkern, Kleinrentnern den Bericht aufmerksam durchzulesen; sie werden dann über ihre Stimmabgabe am Sonntag nicht mehr im Zweifel sein.

Gestern abend sprach auf Einladung der Ortsgruppe Mannheim der Deutschen Volkspartei im Kasinoaal das R. d. A. Senator Beythien, der bekannte und tatkräftige liberale Führer und Verfechter der Ideale des Mittelstandes über das Thema „Die Deutsche Volkspartei und der Mittelstand“. Senator Beythien, der wie kein zweiter zum Führer des Mittelstandes berufen ist, da er selbst in einer kleinen Handwerkersfamilie aufgewachsen ist, führte in seiner gemeinverständlichen und selbständigen Rede folgendes aus:

Meine Damen und Herren! Sie stehen in Ihrem badischen Lande vor den Landtagswahlen, die für die künftigen Geschicke Ihres engeren Heimatlandes ausschlaggebend sind, und da sprechen zu Ihnen in diesen Tagen Redner aller Parteien. Die Deutsche Volkspartei bemüht sich naturgemäß ebenfalls mit aller Kraft für Ihre Ziele zu werben und Ihnen darzulegen, daß sie nach Ihrer Ansicht die richtigen Grundzüge für die Gesetzgebung vertritt. Wenn ich nun dem Rufe gefolgt bin, ebenfalls in Baden zu Ihnen zu sprechen, so möchte ich vorausschicken, daß ich für unsere Partei nicht dadurch zu werden gedente, daß ich andere Parteien herabschleife. Ich möchte lediglich durch die Art der Darstellung, die uns das Bild der Zukunft zeigt, zeigen, welche Mittel wir meinen anwenden zu sollen. Dadurch möchten wir für unser Ziel werben, und ich glaube, wenn dieser Grundgedanke befolgt würde, würden die Kämpfe unserer Tage viel besser sein, und jeder hätte trotzdem die Möglichkeit, nach seiner Passion auch bei der Wahl teil zu werden. In dieser Zeit der wasserländischen Not fragt man sich, hat es überhaupt noch Zweck, darüber zu sprechen, wie wir künftig unser Schicksal gestalten sollen? Hat es überhaupt noch Zweck, angesichts des furchtbaren Zwanges, der auf uns lastet, den der ehemalige Feindbund uns auferlegt, hat es noch Zweck zu rufen, um die Zukunft unseres Volkes? Und ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß einzelne Schichten unseres Volkes unsere besondere Fürsorge verdienen? Wer die Frage verneint, der hätte die Verwerfung, der würde die Hülfe ins Korn werfen. Sie sagen: Es hat Zweck! Wir müssen kämpfen, so lange wir leben, für die, die da kommen, und für die Zukunft unseres Volkes. Wir legen den Grundstein für die kommende Generation, und in der Art, wie wir ihn legen, die Art wie wir bezeichnen, für alles, was da kommen soll. Wenn wir jetzt verjagen, dann können die, die nach uns kommen, nicht in gutem Gelfe arbeiten. Dazu beitragen, daß recht gehandelt werde, ist Pflicht eines jeden. Schwer wird es werden, furchtbar schwer, aber der entschlossene Wille überwindet alles.

Wenn wir uns nun fragen, was hilft uns aus unserer wasserländischen Not, dann zunächst die Tatsache, daß wir streben sollen, zueinander zu kommen, daß wir nicht auseinander leben, sondern zueinander hinüberleben. Darüber wird in diesen Tagen viel gesprochen, und es appelliert jeder an des andern Herz, und ich weiß, wie furchtbar schwierig es ist, jemand, der nun einmal unter dem Druck der demagogischen Heße dieser Tage steht, von einem anderen guten Willen zu überzeugen. Der Wille ist es, der Berge versetzt und wer den Willen hat, zum Geist und Gemüt des Nebenmenschen zu sprechen, wird auch den Erfolg haben. Eine der Schichten, die am meisten unter dem Kriege gelitten haben, ist der deutsche Mittelstand. Wir alle sind herniedergestürzt von großer Höhe in unsichere Zustände. Wie kommen wir aber wieder aus der Zeit der Not heraus? Dadurch, daß wir uns einmal das bewahren, was von manchem aus der guten Zeit uns immer mehr abhanden gekommen ist, den Stolz auf unsere Vergangenheit und aus diesem Stolz folgt zum andern Lebenswille, der Wille, den Kampf mit dem Leben aufzunehmen. Die Schicht, für die ich hier spreche, die hat den Willen. Aus dem Lebenswille folgt froher Glaube, der Glaube, daß man uns doch nicht niederringen kann. Der frohe Glaube sagt uns, wir kommen wieder auf die Höhe, denn ein Volk von solchen Qualitäten geht nicht unter. Das Traurige bei diesem Volke ist, daß es sich seiner Kraft und Größe leider nicht bewußt ist. Es kommt aber der Tag, an dem die Sonne wieder froher leuchtet, dieser frohe Tag kommt aus dem Lebenswille und aus dem Stolz. Viele Herzen, in unserem Vaterlande würde nicht gearbeitet. Es gibt kein Land der Erde, in dem so intensiv gearbeitet wird wie in Deutschland. Es könnte allerdings noch viel mehr bei uns gearbeitet werden, insbesondere ist die Ertragskraft der Revolution, daß wir unsere Arbeitseifer entspannen müssen, in ein geistliches Maß von Arbeit, ein großes Hemmnis. Dieser Unfimm drückt uns schwer und hält uns noch lange nieder. Wir müssen dahin kommen, daß jeder beschäftigt wird. Wir müssen einsehen, daß es ein Lobding ist, uns einzuspannen in ein Höchstmaß von Arbeit. Das deutsche Bürgertum hat in den Tagen der Revolution Deutschland gerettet, eben weil die bürgerlichen Schichten durch das, was durch Deutschland ging, zwar in ihrem Herzen schwer bedrückt waren, sich aber dadurch in ihrer Arbeit von keinem beeinflussen ließen. Und so ruht der Staat auf den

Schultern der bürgerlichen Kräfte. Die ganze Revolution war nichts weiter als ein seelischer, wohlworbereiteter Zusammenbruch und eine große Lohnbewegung. Das nennt man deutsche Revolution. Im ganzen ist alles so geblieben, wie es war, wenn ich mir das Bürgertum vor Augen halte. Es arbeitet noch genau so wie früher und hat noch nichts begriffen von den Segnungen der neuen Zeit. In der Eigenart dieses unferes Bürgertums liegt es, daß es das auch niemals recht begreifen lernt. Viele suchen Bürgertum mit reaktionärem Wesen gleichzustellen. Im deutschen Bürger, im deutschen Geistesarbeiter steht der Drang zum Fortschritt, zum guten Fortschritt, zur Verwirklichung guter neuer Ideen, aber er ist nicht zu gebrauchen, das Sprunghafte aufzunehmen, Bräsen zu huldigen und der Theorie, die nichts Festes unter den Füßen hat. Er will Tatsächliches haben, Gutes, Festes, das er fassen kann, das ihm nicht unter den Händen zerfällt. Wo Arbeit Befriedigung bringt, dort ist das Glück. Dort ist die Triebkraft zum Schaffen niemals aber da, wo den Massen ein Paradies vorgezaubert wird, das stets im Nichts zerrinnt.

Unser Volk setzt sich aus allen Schichten, die ihre Pflicht erfüllen, zusammen.

Die Arbeiterschaft: Wir müssen uns in die Seele der Arbeiterschaft hineinzuversetzen versuchen. Wir müssen begreifen, daß in denjenigen, die immer ein Leben in Unabhängigkeit geführt hat und führen muß, stets das mogaende Gefühl zur Freiheit steht. Wenn man das versteht, kann man ihm auch dort entgegenkommen, wo er Entgegenkommen verlangen kann und darf. Es ist so, daß Deutschland den hochstehendsten Arbeiter, ehrlichsten und ringendsten Arbeiter hat. An uns liegt es, ihm zu zeigen, daß er vielfach auf falschem Wege ist. An uns liegt es auch, für ihn soziales Verständnis zu haben. Wir dürfen nicht immer innerlich ablehnen. Abneigung und Vorurteil hält den Arbeiter ab, zu uns zu kommen. Deshalb müssen wir versuchen, an ihn heranzukommen. Unsere Partei will an jedem sozialen Geseh mitarbeiten, das im Rahmen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit getragen werden kann. Wir werden immer bereit sein, erfüllbaren Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Dem terroristischen Willen werden wir aber stets ein Nein entgegenzusetzen.

Wir haben die große Schicht der Beamten, Lehrer und Angestellten. Wir müssen darnach streben, daß für die Beamten, die den Staat tragen, als Erzieher für unseren Nachwuchs sorgen, die Mittel aufgebracht werden, sie menschenwürdig zu bezahlen. Wir werden durch unsere Reichstagsfraktion einen Antrag einbringen, daß diese Stände besser als selber entlohnt werden. Wir müssen aber verlangen, daß sie auf ihrem Gebiet das Beste zu leisten versuchen und die Hände von anderen Berufen lassen. Was man alles von Sozialisierung und Kommunalisierung spricht, wird zunächst werden, vor der Gewalt der Tatsachen. Die Arbeit, die in der Persönlichkeit liegt, wird niemals in der Gemeinwirtschaft vorhanden sein. Deshalb brauchen wir industrielle Unternehmer, seinen Wagemut und seine Schaffenskraft. In diesem Sinne brauchen wir ein Hyrrentum.

Wir haben die große Schicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Wir müssen erkennen, daß es kein Schaden ist, wenn sich hier, in einer bodenständigen Volksschicht Kapitalien ansammeln. Wir müssen den Bauer hochschätzen wegen seiner schaffenden Eigenart, die dem Volksganzen zugute kommt. Aehnliche Grundzüge sehen wir in der weiteren großen Schicht des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, aus dem noch heute 12 Millionen Deutsche Brot und Lohn beziehen. Es ist der Stand, der es ablehnt, für sich sorgen zu lassen. Wir sollten glücklich sein, daß wir noch Menschen haben, die trotz der bösen Ausfichten nicht den Mut verlieren, weiter schauen und arbeiten. Darin stehen unermessliche und ethische Werte unseres Volkes. Der Mittelstand und zwar der gewerbliche, der Kaufmannsstand und der Handwerker, haben im allgemeinen in vaterländischem Sinne ein Allen festgehalten. Sie wollen lieber kleine Herren als große Anedite sein. Diese Eigenart brauchen wir für unser Volk. Seine Stützen, vor allem erzieherischen Werte sind unerschöpflich.

Trotzdem die Sozialdemokratie dem Handwerk schon seit Jahren das Grab geschaufelt hat, lebt es immer noch und ist kerngesund. Der Handwerker schafft nicht mehr nur Kleinarbeit, sondern er arbeitet in vielen Fällen für die Großindustrie. Heute erleben wir eine Wiedergeburt des Handwerks, denn heute ist der Kleinbetrieb vielfach leistungsfähiger als der Großbetrieb. Wir haben heute in Deutschland 1 427 000 Handwerksbetriebe, die selbstständig sind. Im Jahre 1913 hat der Handwerkerstand 1/4 der deutschen Gesamtproduktion geliefert. Das Handwerk hat eine große Tradition und will nicht in den 8 Stunden Tag eingetaucht sein. Die deutsche Industrie braucht die 9 Arbeitsstunden, um wieder aufwärts streben zu können; das Handwerk kämpft auch gegen die Seemannsordnung, der es durch die Regierung unermöglicht wird. Es kämpft um das Präsumatrecht, die Lehrlinnenausbildung und um das alte Meisterrecht, vor allem aus erzieherischen Gründen: Die Sozialdemokratie will ihm dieses Erzieherrecht nehmen und die Lehrlinge in staatlichen Schulen ausbilden lassen. Es strebt auch mit Recht an, daß die Vernebung von Arbeiten in Submission aufhört und dafür die Mittelpreisbestimmung eingeführt wird. Man will auch nicht daß der Staat Regierarbeit treibt und dadurch der Sozialisierung Vorkurs leistet. Alle Wünsche dieses Standes sind wohl durchdacht und finden die Unterstützung unserer Partei.

Was für den Handwerker zutrifft, gilt auch für den ehrbaren Kaufmann. Wir brauchen ihn notwendig für die Wirtschaft und die Zukunft unseres Volkes. Wir müssen für diesen Stand verlangen, daß der Staat ihm Schutz bietet, für ihn erstreben wir eine Verbesserung des zumutschädengesehes. Unser Kaufmannstand leidet in der jetzigen schweren Zeit an einer inneren Unsicherheit. Trotzdem werden auf diese Kreise alle Listen abgewälzt. Am drückendsten empfindet er die Umsatzsteuer, die jetzt nach dem Wirtschaftlichen Steuerproblem auf 3 Proz. erhöht werden soll, so daß auf manche Waren bis zu 15 Proz. Umsatzsteuer kommen können. Durch diese Steuer kann der Mittelstand langsam zermürdet werden, wenn große Gesellschaften ins Leben treten, die Produktion und Absatz in sich vereinigen, und deshalb um so leistungsfähiger sind, weil der Umsatzsteuerbetrag in einem solchen Betrieb sich erheblich verringert. Es muß deshalb danach gestrebt werden, daß in solchen Firmen auch der Liebergang der Ware von Lager zu Lager mit Umsatzsteuer besetzt wird.

Somit wird der mittelständische Geschäftsmann langsam erbrockelt. Wir suchen auch zu erreichen, daß die Steuern, die der Mittelstand zu leisten hat, nicht in großer Summe am Jahresende, sondern ratenweise bezahlt werden können. Wir müssen uns mit aller Macht dagegen wehren, daß die Behörden Handel treiben. Der Grundsatz: Jedem das Seine! muß wieder im beruflichen Leben zur Geltung kommen. Auch die Wanderläger und Hausierer fügen dem ehrlichen Gewerbe erheblichen Schaden zu und entziehen sich des öfteren ihren steuerlichen Verpflichtungen. Der § 164 der Verfassung sagt: Der Mittelstand ist vor auffaugender Ueberlastung zu schützen, und wenn das nicht nur ein Wort bleiben soll, dann muß man auch hier zur Tat schreiten. Jetzt packt man Steuern u. Abgaben auf diese Berufe u. das Reich seinerseits will durch Kommunalisierungs-gesehe zur Aufzuehung beitragen. Das bedeutet, die Gemeinde soll das Recht bekommen, die Bevölkerung selbst mit Lebensmitteln, Brennstoffen zu versorgen. Wir müssen sagen, es gehört viel Selbstbewußtsein dazu sich zuzumuten, daß man diese viel gestaltete Arbeit beamtenmäßig erledigen könnte. Aber ich weiß, daß die meisten Städte sich mit Händen und Füßen dagegen wehren werden, aber viele sozialistisch verwaltete Gemeinden werden diesen Kommunalisierungsgebanten begierig aufzusehen und ihn zu manchen schädlichen Experimenten denken. Wir wollen als Volk von 80 Millionen verschledenen Menschen nicht wie eine Herde an der Reize geführt werden. Das Kommunalisierungs-gesehe darf nicht zulande kommen, denn das deutsche Volk ist zu gesund und vernünftig, um solche Experimente mitzumachen.

Ich habe Ihnen in grohen Umrißen einen Einblick gegeben in die Eigenart der mittelständischen Arbeit, in den Sinn derjenigen, die

zum Mittelstand gehören. Ich habe versucht Ihnen darzulegen, wie wertvoll es sei für unser ganzes Volk, eine soziale Ungleichschicht unserem Volke zu erhalten. Jetzt kann die Schicht noch viele, die durch die Ungunst der Verhältnisse niedergegangen sind in sich aufnehmen.

Bei den kommenden Wahlen zum badischen Landtag ist in Baden eine Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes ins Leben gerufen worden. Diese Leute sagen sich, sie seien des politischen Gezänks müde. Sie wollen, daß man ihnen in ihrer ruhigen Rat brühe. Sie machen den Politikern den Vorwurf, daß sie die wirtschaftlichen Seiten zu sehr vernachlässigen und der Politik zu viele Konzessionen machen, sie sagen sich, daß ihnen in ihrer Rat nur der Wirtschaftler helfen könne, der von keinen politischen Fragen eingeengt ist. Das mag manchem logisch erscheinen, aber es ist unbedarbt, die Frage der Wirtschaft des deutschen Volkes einseitig und für sich zu behandeln; denn Wirtschaft und Politik sind mit einander eng verbunden und hängt das eine von dem anderen ab. Kein vernünftiger Bürger darf sich auf eine solche einseitige Linie stellen. Die Bildung wirtschaftlicher Sondergruppen innerhalb des Bürgertums führt nur zu einer immer größer werdenden Zersplitterung und einer wachsenden Dynamik derselben. Wir müssen uns vor Augen halten, daß der Abgeordnete einer solchen kleinen Sondergruppe im Parlament nur als Vertreter einer wirtschaftlichen Gruppe geachtet und zu allen Fragen der Politik, die stets auch in die Wirtschaft hinüberspielen, nicht hinzugezogen würde.

Es ist auch ein Irrtum, als ob in den Parlamenten durch die langen Reden die entscheidende Arbeit geleistet wird. Der Schwerpunkt aller Entscheidungen und das Schicksal des Volkes liegt in den Sonderausschüssen. In diese kommen aber nur Parteien, die über eine gewisse Mindestzahl von Sitzen verfügen. Der Wirtschaftlichen Vereinigung wird es nie gelingen, eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten in das Parlament zu entsenden. Sie werden stets zur Ohnmacht verurteilt sein. Das Ergebnis der Parteineubildung wird eine Schwächung des Bürgertums gegenüber den sozialistischen Parteien sein. Die Parteien dagegen, die wir heute sehen, wie die Deutsche Volkspartei, sind aus der Vergangenheit mit festem Gepräge herausgewachsen und können dem seelischen und wirtschaftlichen Verlangen des Volkes am ehesten Rechnung tragen. Als warnendes Beispiel muß uns der Freistaat Sachsen dienen. Bei den letzten Wahlen erhielten die Liste des Mittelstandes 18 000 Stimmen. Diese 18 000 Stimmen schloßen den bürgerlichen Parteien, um eine Mehrheit zu erhalten. Das ist der Grund, warum heute Sachsen eine rein sozialistische Regierung hat. Die selbständige Hfte ging von den Hausbesitzern aus, die stark durch die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt belastet werden. Wir müssen zugeben, daß sie bis zu einem gewissen Grade recht notwendig ist. Aber wir verstehen nicht, daß in sehr vielen Fällen gegen die Hausbesitzer sehr rasch verfahren wird. Man muß dafür einreten, daß ihnen wenigstens eine Verzinsung ihres Hauses gesichert wird. Wir haben aus diesem Grunde erst vor einigen Tagen den Antrag eingebracht, langfristige Mietverträge aufzueben.

Rufen alle, die noch abwärts stehen, erkennen, daß die Interessen des Mittelstandes in der Deutschen Volkspartei am besten gewahrt sind. Sie ist die Erbin des allen nationalliberalen Gedankens, der früher in Baden so tief verwurzelt war. So möchte ich, daß die Deutsche Volkspartei aus diesen Wahlen hervorgehen möge getreu den Traditionen der alten Zeit und gestützt in dem Maße, daß sie führend werde in unserem armen, lehen und so herrlichen deutschen Vaterlande.

Abhakter, langanhaltender Beifall beehrte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. An der Aussprache trat ein Hausbesitzer für die wirtschaftliche Vereinigung ein mit der Begründung, daß sie den Glauben an die Parteien verloren hätten. In seinem Schlußwort beehrte Senator Beythien, daß die Partei stets bestrebt war und ist, die berechtigten Interessen des Mittelstandes gerecht zu erfüllen und warnte nochmals vor jeder Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte.

Die Dankworten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Mannheim der Deutschen Volkspartei, Herrn Ludwig jr., wurde die Versammlung gegen halb 11 Uhr geschlossen.

Die Deutsche Volkspartei in Baden im Wahlkampf.

Wiederholt bereits konnte berichtet werden, daß tatsächlich die Reihen der D.D.P. sich vergrößerten. In allen badischen Wahlkreisen entstehen neue Ortsvereine. Die demokratische Partei verliert gegenwärtig scharenweise die alten liberalen Wähler, die damals unter der trügerischen Parole der „Fusion“, einfach zu ihr überliefen worden waren. Ganze Ortsvereine der demokratischen Partei vollziehen ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei, wie es erst jüngst wieder im Reichstale der Fall war. So konnte es z. B. geschehen, daß Schreiben der demokratischen Parteizentrale an irgend einen Ortsverein gerichtet mit der Aufforderung, eine Versammlung vorzubereiten, von dort mit dem Hinweis zurückgeschickt wurden, daß sie jetzt alle der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Unter liberaler Fahne kämpfend, war es der demokratischen Partei gelungen, vor allem in den Schwarzwaldhöckern festen Fuß zu fassen, aber auch dort ist unterdessen ein großer Wandel eingetreten, und die demokratische Parteiorganisation im Zusammenbrechen begriffen. In Orten, wo bei der letzten Reichstagswahl keine oder nur vereinzelte Stimmen für die D.D.P., dagegen sehr viele für die D.D.P. abgegeben wurden, erklärt man heute in öffentlichen Versammlungen der D.D.P., daß man gewillt sei, restlos für die Deutsche Volkspartei einzutreten, und kein Demokrat mehrdelt sich zur Aussprache. Charakteristisch ist, daß in vielen Orten, wo die D.D.P. früher starken Anhang besaß, sie heute es nicht mehr wagen kann, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, um nicht dort ihr vollständiges Flasto zu entfallen.

Großen Eindruck haben die Ausführungen des Demokraten Professor Hellpach von der technischen Hochschule Karlsruhe in der „Börslichen Zeitung“ gemacht, wo es u. a. heißt: „Die Deutsche Demokratische Partei ist nichts weniger denn flehhaft gewesen. Ihre Werdenage seit ihrer Geburtsstunde ist ein ununterbrochener Abstieg an Stimmennahl, im Reich und in den einzelnen Ländern, selbst in den Gemeinden. Der Abstieg ist ohne Schwankung vollkommen stetig, ist stellenweise außerordentlich. Er hat innerhalb zweier Jahre die Fraktion der Partei vielfach zu zwerghaften Gruppen dezimiert. Eine Tendenz zur Wiederherholung ist nirgends sichtbar. . . . Der demokratischen Partei sind von Wahl zu Wahl immer mehr Wähler entlaufen, weil sie grundfänglich von der Partei unbefriedigt waren.“ Somit darf man getrost annehmen, daß die bisherige Bedeutung der demokratischen Partei in Baden zu einer politischen Reminiscenz geworden ist.

Die Stimmung unter den Anhängern der D. D. P. ist zuverläßlich und vorzüglich. Der Kampf der letzten Tage ist vor allem gegen die verhängnisvolle Wahlmündigkeit gerichtet, die wieder einmal das Bürgertum in den Städten zu seinem eigenen großen Nachteile verrät. Jedenfalls macht die Deutsche Volkspartei alle Anstrengungen, um auch die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern, und die Parteifreunde im Lande erhoffen vor allem von dem demnächstigen Besuche der großen Führer der D. D. P. in Baden in dieser Beziehung einen großen Erfolg.

keinen Anlaß geboten haben, die Konzession erteilen. Die verhängte Kontrolle, die sich nicht nur auf die Unternehmung der Milch in der Zentrale, sondern auch bei den Händlern erstreckt, hat sich so ausgebreitet, daß das Ergebnis nahezu völlig negativ ist. Die Ausweisung einer Anzahl Milchhändler hat allerdings auch die unangenehme Erscheinung zeitweilig, daß einzelne Angehörigen haben, in die benachbarten hiesigen Gebiete einzubringen und auf eigene Faust Milch zu beziehen. Das muß unterbunden werden. Die Milchpreisfrage ist für die Stadt eine sehr unangenehme Angelegenheit. Anfangs Oktober wurde der Milchpreis für den Verbraucher von 3 Mark auf 3,60 Mark erhöht. Das hing mit der Erhöhung des Erzeugerpreises zusammen. Die Stadtverwaltung hat nur in denjenigen Lieferbezirken einen höheren Preis bewilligt, wo man durch das Verhalten der Erzeuger und Verbraucher dazu gezwungen war. Die kleineren Städte treiben den Milchpreis sehr hoch in die Höhe. Die Großstädte sind viel weniger in der Lage, der Teuerungswelle wegen der hohen Bearbeitungs- und Transportkosten schnell zu folgen. Dieser Mangel hat der Stadtverwaltung Veranlassung gegeben, das Ministerium um einen Erlaß zu bitten, nach welchem die kleineren Städte einen höheren Milchpreis nur dann bewilligen dürfen, wenn sie sich mit den größeren Verbraucherstädten vorher ins Benehmen gesetzt haben. In der letzten Zeit haben Schiedsgerichte in Schopfheim und Kehl stattgefunden. Die Anwesenheit eines Erzeugerpreises von 3 Mark verlangt wurde. Die Anwesenheit ist noch nicht vollständig entschieden. Dazu droht noch die bevorstehende Fruchternte. Das Ministerium ist neuerdings dringend gebeter worden, gegen die unberechtigte Erhöhung des Milchpreises energisch vorzugehen zu werden. Die für Mannheim als Konkurrenz in der Hauptsache in Betracht kommenden Städte haben bereits einen höheren Verbraucherpreis: Ludwigshafen 4 Mark, Zweibrücken 4 Mark, Worms 3,90 Mark, Darmstadt 3,70 Mark, Frankfurt 4,20 Mark, Mainz 3,80 Mark. Der Stadtrat hat für die notleidende Bevölkerung Mittel zur Bewilligung des Verbraucherpreises zur Verfügung gestellt. Das Verfügungsrecht über die Verwendung haben das Jugendamt, Fürsorgeamt und die Tuberkulosebekämpfungsgesellschaften. Das Jugendamt wird u. a. die Stützstellen von 3 auf 4 Monaten verlängern. Auch Kleinrentner, verheiratete Arme und kinderreiche Familien werden berücksichtigt.

Eine ausgesprochene Kartoffelnot hat sich in Mannheim erschwerterweise noch nicht entwickelt. Zahlreiche andere Städte sind viel schlimmer daran. Man sieht hier sogar noch Straßenhändler. Als erschwerend für die Versorgung kommt in Betracht, daß von badischen Kartoffeln nahezu keine mehr in den Handel kommen. Die Ernte in badischen Mittel- und Hinterland war sehr gering. Württemberg und Bayern hatten eine gute Mittelernte. Württemberg aber hat die Ausfuhr gesperrt und Bayern gibt erst dann an das Ausland ab, wenn das eigene Land einschließlich der Pfalz versorgt ist. Beim Bezug aus Norddeutschland fallen die hohen Transportkosten ins Gewicht. In der ganzen wirtschaftlichen Lage wird gegenwärtig durch den Mangel an gedeckten Bögen bedingt. Durch die Sperre des polnischen Korridors wird die polnische Kartoffel nicht mehr in größerer Menge wie früher umgeschlagen gemacht. Wir verlieren jetzt auch Rheinland und Westfalen. Der Fleischverbrauch hat in Mannheim ebenfalls sehr zugenommen: von 220 000 Kilo im Juni auf 288 000 Kilo im September. Wenn der jetzige Verbrauch anhält, so bedeutet dies einen Jahresverbrauch von 40 Kilo pro Kopf der Bevölkerung (gegen 32 Kilo vor dem Kriege). Herr Dr. Walli meint, daß die starke Fleischerei mit den hohen Preisen für Kartoffeln und Gemüse zusammenhängt.

In der Zuckerverföhrung ist ebenfalls die Aufhebung der Zwangsmitteilung erfolgt. Da sich die neue Ernte auf 22-23 Mill. Zentner Rohzucker beläuft, so wird eine Zuckerkrise nicht eintreten. Bei der Preisbildung der Rohzucker auf dem Weltmarkt und Obstmarkt stellt Herr Dr. Walli fest, daß die Stadtverwaltung auf das Verhalten des „wilden Händlertums“ hinwirken werde. Bei der Rohzuckerlieferung wird der Redner auf die befallenen großen Schwierigkeiten hin. Die Lage war dieser Tage hier so schlimm, daß das für einen Tag und das andere nur für vier Tage Kohle gehabt hat. Die erschreckende Preissteigerung gegen 1914 veranschaulicht eine herangezogene Tabelle. Darnach ist der Verbraucherpreis für Weizen von 1,20 Mark am 1. Oktober 14 auf 28,20 Mark am 21. Oktober 21 gestiegen, bei Roggkorn 1,10 und 11,45 auf 31,80 Mark, bei Gerstefrisch von 1,60 auf 34,90 Mark, bei Braunkohlenbriketts von 1,90 auf 21,50 Mark, bei Brechkohle von 1,55 auf 30,90 Mark. Dabei steht auch hier die 3prozentige Frachterhöhung hervor. In diese Ausführungen, die mit großem Interesse verfolgt wurden, schloß sich eine sehr interessante Aussprache, auf die wir im Abendblatt zurückkommen. Sch.

Mehr Ruhe und Selbstdisziplin!

Wir haben in den vergangenen Tagen viel von überstürzten Einkäufen in verschiedenen Teilen Deutschlands und von den Aufkäufen der sogenannten Voluhähnen in den Grenzgebieten gehört und gelesen. Im Saargebiet haben französische Voluhähnen die Städte bereits vollständig ausgekauft, sobald sich die Ladeninhaber gezwungen sahen, durch Vorkäufe zu verhindern, daß Waren nur noch an Saarlandische Bahnhöfe abgegeben werden können. Von hier greift die Voluhähne auf die Westpfalz über, sobald Zugsoerführungen und Sonderzüge eingelegt werden müßten, um die Scharen der fremdländischen Antommilge zu beschreiben. Das selbe Spiel hat sich im Rheinland und an der Schweizergrenze wiederholt. Ganze Wohnortgemeinschaften, Küchen, Sophas, Klaviere, Manufaktur- und Textilwaren, die seitlich Teppiche, Pelze, alles was Wert hat, wird von den Ausländern zusammengekauft. In den Grenzallgemein herrscht ein niegeahntes Treiben, alles ist auf Hochbetrieb eingestellt und wir, wir müssen zusehen, wie die Werte unserer Arbeit zu Schandenpreisen ins Ausland wandern.

Auch bei uns in Mannheim haben sich jetzt im weitesten Umfang die Folgen des Marksturzes gezeigt. Die Fremdlinge sind auch jetzt zu uns gekommen und kaufen, kaufen alles, was nicht nicht und nachgefragt ist. Ohnmächtig und wehrlos lassen wir sie gewähren. Ist es da ein Wunder, wenn auch die Bevölkerung von einer unerhörten Kaufwut befallen wird? Eine Kaufwut, die allerdings auf die Preise beschränkt bleibt, die Banknoten händelweise zur Verfügung haben. Verschiedene Geschäfte in Mannheim sind bereits zum großen Teil ausgekauft. In manchen ist der Andrang so groß, daß er kaum mehr bewilligt werden kann und die Türen geschlossen werden müssen, um sich des unheimlichen Ansturmes zu erwehren. Kolonnen werden wieder in und vor den Geschäften und in weite Kreise unseres Volkes getragen.

Die verantwortlichen Behörden sind schuldig daran, daß den Aufkäufen der Ausländer keine Schranken entgegengelegt wurden. Verantwortlich an der Teuerung sind aber alle jene, die durch ihre widerlichen Handlung die Warenknappheit verschlimmern. Wir appellieren an den gesunden Sinn und an das soziale Verantwortungsgefühl der Mannheimer Bevölkerung, daß sie von allen überstürzten Einkaufskäufen Abstand nimmt. Wir rufen besonders den besitzenden Klassen zu: „Hüht und handelt um der weniger günstigen nächsten Bevölkerung willen sozial und haltet euch von Aufkäufen ab.“ Wir brauchen in den schweren Tagen der Gegenwart mehr denn je ruhige Überlegung. Was mit der Rohzuckerfrage dem Selbstbildnis in unserem Mannheimer Leben und Fabriken ausverkauft sind, können wir bei der jetzigen Voluhä keine Roh-

stoffe mehr aus dem Ausland beziehen. Die Erzeugung muß stocken und gestanden, um zu kaufen, die meisten kaufen nur, um ihre Papiercheine sicher anzulegen. Und was ist der Erfolg dieses an Wahnsinn grenzenden Gedahren des Publikums? Von Tag zu Tag gehen die Preise rasch in die Höhe, wächst die Teuerung, und Not und Arbeitslosigkeit und eine nie dagewesene Teuerung wird das schreckliche Ende sein. Kämpft alle an gegen die Dummheit und den Unverstand, in dem wir zu erliegen drohen!

Unterbrochener Telephondienst in Mannheim. Seit dem 1. Oktober wird in allen Ortsfernpreisen mit mehr als 1000 Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst abgehalten. Für die übrigen Ortsanschlüsse ist die Telegraphenverwaltung die Dienststunden fest. Mündigen Gemeindevorständen oder sonstige Antragsteller in solchen Ortsanschlüssen eine Dienstverweigerung und läßt sich diese ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen, so müssen die Antragsteller die Mittel zur Deckung der Telegraphenverwaltung hieraus erwachsenden Kosten aufbringen. Die Telegraphenverwaltung berechnet diese Kosten für jede Stunde, um die der Dienst über die von ihr festgesetzte Zeit hinaus verlängert wird, mit 3000 Mark jährlich. Begünstigt sind die Beteiligten an Stelle eines solchen Nachdienstes mit einer Dienstverweigerung für Unfallmeldungen, so ermäßigt sich der Betrag von 3000 Mark für die Stunde auf 500 Mark jährlich.

Veränderung in der Schnellzugverbindung nach dem Rheinland. Infolge der Einführung der weiteuropäischen Zeit im besetzten Gebiet fährt der Schnellzug D 105 jetzt heute um 12,48 nachm. Westeuropäische Zeit in Ludwigshafen a. Rh. ab, sodas er den bisher bestehenden unmittelbaren Anschluß an den Schnellzug D 169 nach Köln, künftigen Monats ab 1,10, Köln an 4,48 nachm. W. E. Z. nicht mehr erreicht. Reisende, welche auf den Zug D 169 überzugehen beabsichtigen, fahren daher künftig zweckmäßig mit dem um 11,35 nachm. von Mannheim abfahrenden Schnellzug D 175 nach Darmstadt, wo sie um 1,18 nachm. eintreffen und unmittelbaren Anschluß ab 1,20 nachm. nach Mainz finden. Ankunft daselbst 1,05 nachm. W. E. Z.

Keine 2. Klasse mehr. Die Vereinfachung des Bahnverkehrs durch Berringerung der Klassen in den Tagen für den Personenverkehr ist in Süddeutschland weiter vorgeschritten als im Norden. In Bayern kennt man auf diesen Nebenbahnen nur die 2. und die 4. Klasse, in Württemberg die 3. und 4. oder auch nur die 2. Klasse. Einen Schritt in dieser Richtung hat jetzt die Generaldirektion Südtirol nachdrücklich im Winterfahrplan vorgelesen. Auf der Strecke von Hellbrunn nach der Schillerstadt Warbach wird aus lässlichen Zügen die 2. Klasse entfernt. Sie führen nur noch die 3. und die 4. Klasse.

Obstnot. Die in diesem Herbst im heimischen Untersuchungsamt der Stadt Stuttgart vorgenommenen chemischen Untersuchungen aus selbsthergestellten Obstsorten haben gezeigt, daß diese vielfach einen ganz auffallend niedrigen Säuregrad aufweisen. Es besteht bei solchen Getränken die Gefahr, daß sie nach der Vergärung schwarz werden. Es empfiehlt sich in diesem Jahre mehr als sonst, eine sachmännliche Untersuchung des Mostes vornehmen zu lassen.

Veranstaltungen.

Zeitgenössischer Schweizer Komponistenabend. Auf den heute stattfindenden Schweizer Komponistenabend unter Mitwirkung von Frau Stoll-Dege, Gesang, Walter Rehberg, Klavier und das Stuttgarter Kammerorchester sei nochmals aufmerksam gemacht.

Spielplan des National-Theaters				Neues Theater			
Datum	Zeit	Vorstellung	Uhrzeit	Datum	Zeit	Vorstellung	Uhrzeit
27. D.	13	D. Egmont	6 1/2				
28. F.	12	C. Menagerie	7 1/2				
29. S.	13	B. Der fliegende Holländer	7				
30. S.	11	A. Neu einstudiert: Coss iam tutte	6 1/2				

Aus dem Lande.

Lungensteinbach b. Durlach, 26. Oktbr. Aus unbekannter Ursache brach in der Scheune des Postkutschers Jakob Becker Feuer aus, dem das Dekonomiegebäude zum Opfer fiel. Auch das Wohngebäude litt Schäden.

Radolfzell, 26. Oktbr. Im Vorjahre wurden von den Landwirten des Kreises an die minderbemittelte Bevölkerung folgende Mengen Kartoffeln abgegeben: Konstanz 6023 Ztr., Singen 648 Ztr., Radolfzell 554 Ztr., Engen 183 Ztr. In diesem Jahre wurden die Ertragsnisse der freiwilligen Kartoffelspenden noch wesentlich gesteigert, wenn auch der Preisuntertrieb groß ist.

Konstanz, 26. Oktbr. Während sich die Blauflecken in den Monaten Juni u. August außerordentlich selten gemacht haben, stellen sie sich während der Monate September und Oktober in außerordentlich großer Zahl ein. Für die Bodenbesitzer haben die ungewöhnlich reichen Ränge in Ausgaben und Einnahmen das Gleichgewicht wieder hergestellt.

Aus der Pfalz.

ORB. Ludwigshafen, 27. Oktbr. Rechtsrat Dr. Schön hat dem Bürgermeisterrat Ludwigshafens sein Entlassungsgesuch eingereicht und wird in nächster Zeit aus dem städt. Verwaltungsdienst ausscheiden. Rechtsrat Dr. Schön, der im April ds. Js. in den Dienst der Stadt Ludwigshafen berufen wurde, hatte das Gesamterste der Polizeiwesens und der Gewerbe Polizei inne.

Speyer, 27. Oktbr. Die 3. Wagenklasse wird ab 1. kommenden Monats auf verschiedenen Strecken der pfälzischen Eisenbahn in Wegfall kommen, nämlich auf den Linien Grünstadt - Altsieningen und Grünstadt - Offstein, Hinterweidenthal - Bunsenthal Speyer Koblenz - Gensheim - Reustadt (Koblenz). Die Personenzüge dieser Strecken werden künftig nur noch die 4. Wagenklasse führen, so daß Karren 3. Klasse ab und nach Stationen dieser Linien nicht mehr abgehoben werden.

Neustadt, 27. Okt. Wegen Kirchenraubs wird der aus Duttweiler bei Obertal stammende Arbeiter Hans Basse, der in Frankfurt entpflüchtet ist, von der Staatsanwaltschaft München festlich verfolgt, ebenso der Weghager Heinrich Wenzel aus Saarbrücken, der sich auch Wilhelm Günther aus Reunkirchen nennt. Ein weiterer Beteiligter, Schlosser Hans König, geboren 1896 in Saarbrücken, wurde in Augsburg bereits festgenommen. Der Kirchenraub erfolgte in Gellendorf bei Firlinsfeldbrunn.

Kulzb., 26. Oktbr. Das Präsidium der Kreisverwaltung der Pfalz hat zur Unterstützung der durch die Typhusepidemie in Rammelsbach in Not geratenen Familien 4000 Mark aus der Prinzregent Anstiftung-Stiftung überwiesen.

Zweibrücken, 27. Oktbr. Durch einen Revalderbruch wollte der 39 Jahre alte Schneider Ludwig Schwarz am Montagabend in der Wirtshaus zum „Grünen Baum“ seinem Leben ein Ende machen. Er hatte sich längere Zeit angeregt unterhalten, an die Antworten noch eine Anrede gerichtet und dann plötzlich einen Schuß in den Brust abgab. In schwerem Zustand wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, wo man ihm am Leben zu erhalten hofft. Vor wenigen Wochen war die Frau des Schwarz gestorben. Der Grund zu seiner Tat ist nicht geklärt.

Gerichtszeitung.

Mannheimer Strafkammer.

Eine böse Ueberraschung erlebte am Abend des 23. Juni d. Js. der Bäckermüller August Moser in der Alhornstraße. Er hatte Brot in eine Anstalt bestellt, während seine Frau ins Theater gegangen war. Als er heim kam, fand er das Büfett erbrochen und es fehlte eine Summe von 70 000 Mark, die, wie er sagte, zu einem Hauskauf bestimmt gewesen war. Den Diebstahl konnten nur Leute ausgeführt haben, die Lokalkenntnisse hatten und ausgefallenheit hatten, daß um die frühe Zeit die Luft rein war. In der Tat hatten Freunde des Mörders diesem den üblichen Streich gespielt. Der Kaufmann Ernst Werner (27 Jahre alt und aus Wuppertal gebürtig) am 30. Jahre alte Kaufmann Friedrich Hemberger (aus Heidelberg) waren mit Moser befreundet, bei dem sie fast jeden Abend ihr Spielchen machten. Eine zwei Wochen vor dem Diebstahl war der Bäckermüller etwas später heimgekommen,

und hatte, als man sich zum Spiele niedersetzte, gesagt: „Heute könnt ihr was erleben, heute hat's geklappt!“ Die beiden Spielgenossen erboten aber nichts, sondern der Bäckermüller gewann zu dem Geld, das er mitgebracht hatte, noch hinzu. Als man Schluss machte, ging Werner den Mördern, an den er 200 Mark verloren hatte, um 50 Mark an. Damit er noch etwas essen könne, aber Moser gab nichts her. Aus Zorn darüber will Werner auf dem Heimwege zu dem Hause gekommen sein. Moser, der so viel Geld habe, etwas zu erleichtern. Hemberger verschaffte sich nach einem Selbstaubdruck einen Haus Schlüssel und gab diesen samt einem Brecheisen dem Werner. Das war am Tage vor dem Einbruch, wobei Werner zugleich von Hemberger erfuhr, daß der folgende Abend günstig sei. Von dem Gelde gab Werner seinem Freunde Hemberger 30 bis 40 000 Mark und Hemberger schenkte davon 31 000 Mark seiner Frau. Nun trat ein dritter Freund in Funktion, der Reisende Karls Raffero, ein Italiener. Moser verlor ihm 3000 Mark, wenn er das Geld wieder beibringe. Von Frau Hemberger aber ließ sich Raffero die Summe von 10 000 Mark gegen das Versprechen geben, er werde dafür sorgen, daß ihr Mann wieder auf freien Fuß komme. Er reiste nach Konstanz und langierte über die Schwyz einen mit Schneider unterschriebenen Brief an die Staatsanwaltschaft, in dem versichert wurde, Hemberger sei unschuldig. Frau Hemberger kommt überdies aus sehr wohlhabender Familie. Es wurden verurteilt: Werner zu 2 Jahren Gefängnis, Hemberger zu 1 Jahr 3 Monaten, Raffero zu 1 Jahr 3 Monaten und Frau Hemberger zu 6 Monaten Gefängnis. Außerdem wurden die Anklagen der Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, verlustig erklärt. Vert.: R. A. Walter und Rechtsanwalt Dr. Pfeiffenberger.

Zweibrücken, 25. Oktbr. Die dritte Tagung des pfälzischen Schwurgerichtes für das Jahr 1921 hat begonnen. Der erste Fall betraf eine Messerfehde, in deren Verlauf der 1891 geborene Fabrikarbeiter Joh. Christ aus Birmensien den Zimmer Heinrich Durm aus Rodalben demselben verletzten, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Aus Grund des Wahrspruchs der Geschworenen wurde Christ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Sportliche Rundschau.

Pferderennen.

sr. Vorschau auf Brunwald. Der heutige vortägige Rennstag im Brunwald wird wieder starke Felder an den Start bringen, wie es stets zum Schluss der Saison der Fall ist. So werden wohl auch die Ueberrassungen nicht ausbleiben, wenn auch der Rekord des Dienstages kaum noch zu übertreffen ist. Am heutigen Donnerstag ist der Preis der Rart am besten dotiert. Von den Teilnehmern stellt Pollenberg die beste Klasse dar und kann kaum verlieren. Für die Plätze kommen Famulus, Man II und Wadam in Frage. Ein weiteres Hauptereignis ist das Hertzog-Rennen, in dem sich die zweite Klasse des Derbyjahrganges sich in Steidfeldeln gibt. Das doppelt vertretene Hauptgestüt Grabin wird sich die 48 000 Mark nicht nehmen lassen, doch werden Trümer und vielleicht auch noch Harje in den Endkampf eingreifen können. Eine Reihe fliegeler Zweijähriger begegnet sich im Sovereign-Rennen, das Graofoa, kürzlich Zweite in Karlsruhe gute Aussichten eröffnet. — Unsere Voraussagen: 1. R. Erts — Remonto. 2. R. Stall Weinberg — Stall Wei. 3. R. Gestüt Grabin — Trümer. 4. R. Graofoa — Auserodde. 5. Rennen. Pollenberg — Famulus. 6. R. Heinrich geb. — Laufendmarkt. 7. R. Remto — Wino.

Fußball.

sr. Ungarn schlägt Mitteldeutschland 3:2. Wie während der Kapp-Zwischenzeit in Berlin, trotzdem ein Verletzter eingewechselt hatte, daß Berlin bei dem Mariendorfer Trabrennen weils, so machten sich am Sonntag die Budapest, trotz ihrer politischen Wirren, auf, um dem Fußballkämpfe der ungarischen Nationalmannschaft gegen eine repräsentative mitteldeutsche Elf zuzusehen. Man schätzte die Menge auf über 30 000 Personen. Wie zu erwarten war, konnten die Deutschen gegen die anerkannte Spielfürke der Ungarn nichts ausrichten. Sie unterlagen jedoch ehrenvoll nur ganz knapp mit 2:3 Toren. Bei Halbzeit hatte das Spiel 1:0 für die Ungarn gestanden.

Neues aus aller Welt.

Brandstifter.

Ein junger Kärgehilfe aus der Gemeinde Dabringhausen bei Oberfeld legte im Laufe der letzten Monate nicht weniger als sieben Wohnhäuser und mit Korn und Heu gefüllte Scheunen sowie einige Waldungen auf dem Höhenzuge Bernalskirchen-Dabringhausen-Obhain, darunter selbst die Scheune seines eigenen Vaters in Brand. Der durch ihn verursachte Gesamtschaden beliefert sich auf über eine Million Mark. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt endlich, den Vurschen festzunehmen. Er legte ein umfassendes Geständnis ab.

Wie der „Kreuzzeitung“ aus Halle gemeldet wird, haben in den letzten Tagen zahlreiche Brandstiftungen stattgefunden, die auf kommunisische Anstiftung zurückgeführt werden. Durch die Brandstiftungen wurden zahlreiche Getreidevorräte vernichtet.

— Die deutsche Weinernte 1921. Nach dem Gesamtergebnis des deutschen Weinberbes 1921 ist die Menge nicht sehr groß. Sie beträgt ca. 2 440 148 Hektoliter und kommt somit dem vorjährigen Ergebnis nahe. Dagegen ist die Güte des Weines ausgezeichnet. Die Trauben sind meistens edelreife und die Mostgewichte erreichten eine Höhe wie seit Jahren nicht mehr. Leider hat sich, wie übrigens vorausgesehen war, sofort die Spekulation der Sache bemächtigt und bei den Reifkäufen die Preise außerordentlich in die Höhe getrieben. Besonders ungünstig ist die Lage in Baden und am Rhein, wo das nahe Ausland infolge der schlechten deutschen Valuta große Käufe in Wein machte.

— Die Frankfurter Hauptmaße als Bankhaus. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat seine Zustimmung zur Verpachtung der Hauptmaße an den Allgemeinen Bankverein in Düsseldorf auf die Dauer von 5 Jahren zu Pachtpreise von mindestens 400 000 Mark jährlich gegeben, dazu kommt die hohe Abfindungssumme für den bisherigen Pächter der Hauptmaße.

— Schulschiff „Alobe“ im Zilldient. Das einzige deutsche Schulschiff, das der deutschen Marine übriggeblieben ist, der Bismarck, Kommandant Graf Luckner, ist jetzt aus der Reichsmarine ausgeschieden. Es hat, wie uns gemeldet wird, den Namen „Schwalbe“ erhalten und soll für Aufnahmefähigkeit Verwendung finden, auch soll es im Auslande als „Propagandaschiff“ Verwendung finden.

— Die Unwetterschäden auf Helgoland. Auf Helgoland hat der Sturm sehr starke Verwüstungen angerichtet. Der Promenadenweg des R. rhoules wurde fortgespült, das Bollwerk an der Nordseite stark beschädigt. Die Helgoländer Hummerfischer haben überlässlichen Hummerkörbe, etwa 2000, verloren. Die beiden Kabel, die Helgoland mit dem Festlande verbinden, wurden zerstückt, ebenso die Kraftstation und die Telephonleitungen. Ein Helgoländer Fährboot, das in Not getene Mannschaften zu retten versuchte, ist nicht mehr zurückgeführt.

— Verhaftung eines Wettfongers-Schwindlers. In Prag wurde der Viehhändler Heinrich Lachse mit seiner Frau verhaftet, die sich dort unter falschem Namen aufhielten. Lachse war Mitbegründer der Buchmadergesellschaft „Athena“ in Berlin, die wegen Willkürbetrugvergehen aufgelöst wurde. Er war unter Pseudonym von 120 000 Mark aus Deutschland in die Tschechoslowakei geflohen.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
beschäftigt das ärztlich erprobte milde wirksame Mittel
Kukirol
Schwefel N. 3.50 in Apotheken & Drogerien erhältlich

Drogerie Bichstedt, N. 4, 13/14, Kunststrasse; Drogerie Becker Nachf., am Spießmarkt; Storch-Drogerie, Marktplatz, R. 1, 6; Drogerie Geyer, Mittelstrasse 34; Drogerie Merckle, Gontardplatz 2.

Rechtsanwalt
Dr. Wilhelm Haas
 u. Frau Maria Haas
 geb. Andreae
 beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen 15192
 den 27. Oktober 1921
 Mannheim Frankfur. a. M.
 Otto Beckstr. 27 Bürgerstr. 81

Bernhard Querengässer
 Liese Querengässer
 geb. Ziegler
 Vermählte
 Mannheim Mhm.-Waldhof
 Kl. Merzelstr. 3 Zellstoff-Fabrik
 27. Oktober 1921. *1174

Von der Reise zurück!
Dr. med. J. Levi
 Spezialist für Haut-, Horn- und Geschlechtskrankheiten
 Mannheim, N 1, 1 (Ecke Marktplatz - Brühlstraße)
 Sprechst. 11-1 u. 3-6 Uhr. — Tel. 3940.
 Auf der Freibank morgen früh 8 Uhr
 Kuhlweiss. Anfang-Str. 2400. 89
 Die Verwaltung.

In der Nacht zum 22. ds. Mts. verschied in Hamburg unser
 Aufsichtsrats-Mitglied
 Herr Direktor
Max Jacobsen
 Sein Heimgang bedeutet für uns den Verlust eines treuen
 Beraters, der seine reichen Erfahrungen und hervorragenden Fähig-
 keiten jederzeit in uneigennützigster Weise unserem Werke zur Ver-
 fügung stellte.
 Sein Andenken wird von uns stets in hohen Ehren gehalten
 werden.
 Mannheim-Waldhof, den 25. Oktober 1921. 13200

**Aufsichtsrat und Vorstand
 der
 Süddeutschen Juteindustrie**

Offene Stellen
1. Expedient
 von großem internationalen Speditionshaus für
 Mannheim bei sehr guter Bezahlung in ausstrei-
 chende Stellung gesucht. Unbedingte Kenntnis im
 internationalen Speditionswesen, selbständige Korre-
 spondenz, Tarifkenntnis Bedingung.
 Angebote unter O. S. 61 an die Geschäfts-
 stelle dieses Blattes. 133811

Grossmühle
 sucht
1. Expedienten
 für ihre Versand-Abteilung.
 Angebote mit Lebenslauf, Zeug-
 nisschreiben und Gehaltsantrag
 unter Y. N. 188 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Blattes. 13196

Expedient
 ca. 25 J. alt, durchaus erfahren
 im internationalen Verkehr und
 Uebersee-Spedition. flotter Korre-
 spondent, möglichst mit Tarif-
 kenntnissen, zum baldigen Ein-
 tritt gesucht. Zuschriften mit
 Lichtbild und Gehaltsansprüchen
 erbeten an 13172
Carl Lassen
 Freiburg i. B.

Mehrere selbständige
Elektro-Monteur
 für unsere Stadtabteilung gesucht
 Mannheimer 13208
 Elektrizitäts-Gesellschaft m. b. H.
 Mannheim, Elisabethstraße 7

Lehrling
 mit guter Schulbildung zum Eintritt per
 1. April 1922 eventl. früher gesucht.
 Vorzüglich mit schriftliche Angebote
 erbeten.
 13204
Hill & Müller, N 3, 11/12.

Zur Aushilfe bis Weihnachten
 für meine Abteilungen
 Emaille-, Glas-, Porzellanwaren
 sowie Spielwaren
15-20
Verkäuferinnen
 die gute Zeugnisse besitzen, gesucht.
H. Beer, S 1, 8.

Perfekte
Stenotypistin
 zu sofortigem Eintritt gesucht.
Danzas & Co., G. m. b. H., L 11 No. 18.
 13202

Gewandte
Stenotypistin
 zum baldigen Eintritt für ein
 größeres, hiesiges Büro gesucht.
 Angebote unter Y. R. 192 an die
 Geschäftsstelle ds. Bl. 13216

Für Zigarren-Kiosk
 in bestem Café Mannheims (siehe jüngere,
 gebildete Dame (auch Briegerin) mit Markt
 5000.— Station zur Leitung und zum Verkauf
 in den Abendstunden. Gehalt monatlich Markt
 1000.— bis Markt 1200.—. Ausführliche Angabe
 mit Bild und Zeugnischriften unter F. W. 4444
 an Rudolf Roffe, Wiesbaden. 114

**Junge, gewandte
 Kontoristin**
 für Registratur u. Rechnungs-
 abteilung gesucht. 13186
Firma Ernst Reinhard
 Rheinalstraße 8b.

Kino-Operateur
 für Querschnit-Gelehr-
 richter job. gesucht. *1173
 Zu erl. i. d. Geschäftsst.
 Tüchtiges *1184
Alleinmädchen
 für Haushalt und Küche
 zu kleiner Familie per
 1. April 1922 gesucht. Gute Lohn
 und gute Verpflegung.
 Borzult. Zeitg. C 8. 12.

Uhrmacherlehrling
 Intelligenter Junge,
 Sohn achtbarer Eltern,
 mit gut. Schulzeugnissen
 findet gute Stelle bei
 Uhrmacher Krug
 Mannheim. 13213

Dame
 zum Vorlesen bei
 blinden Herrn gesucht,
 täglich 3 Stunden à 2 R.
 Zu melden Theresien-
 haus, T 5. 2. *1192

Kinderpflegerin
 od. bef. Kindermädchen
 für 2 Kinder, 5 Mon.,
 4 Jahre, nach Frankfurt
 a. M. gesucht. Verh. Fr.
 Dipl.-Ing. Simmel,
 Nr. Metzger, 7. Nach-
 mittags 4-5 Uhr. *1176

Tüchtiges Mädchen
 für Hausarbeit gesucht.
 Tullastrasse 14, pt.
 13374

**Sauberes
 Hausmädchen**
 gesucht. *1211
 L. 13. 1. smel Tepp.

Braves Mädchen
 u. 16-18 J. in H. Haus-
 halt gesucht. *1204
 Hahn, L. 8, 12, 4 St.

Stellen-Gesuche
Junger strebsamer Kaufmann
 aus der Lebensmittel- und Tabakbranche sucht sich
 als **Verkäufer, Lagerist
 und Expedient** *1190
 oder Büro und kleine Reisen sofort zu verändern.
 Angebote unter P. E. 73 an die Geschäftsstelle.

Vertretungen.
 Serlöser Herr, gewohnt
 im Verkehr mit dem
 Publikum mit dem viel-
 wertvollen durchwegs
 vertraut, sucht Ver-
 tretungen gleich welcher
 Art oder Vertretungsstell.
 Rationen kann gestellt
 werden. Angebote unter
 P. F. 74 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1183

Nebenarbeit
 sucht jung. Mann, Hans
 Angeb. unt. P. T. 87 an die
 Geschäftsstelle d. Bl.

Verkäufe
**Geschäfts- und
 Wohn-Häuser!**
 In zentraler Lage Geschäftshaus mit Loretto-
 schicht großer Hof und Werkstatt. Kraft-
 schub. Ausg. 40000, am Luisenring, Geschäfts-
 haus mit Lorettohof und sehr großen Hof, Ausg. 40000.
 In Schwelinger-Vorstadt 3 Geschäftshäuser mit je
 15000, 20000 und 30000 M. Anzahlung, ein
 Wohnhaus mit 15000 M. Anzahlung. In Reider-Vorstadt
 ein Geschäftshaus ca. 25000 M. Anzahlung, sowie ein
 noch neues in tadellohem Zustand bei Wohnhaus
 mit event. kleinerer Wohnung. Anzahlung 40000
 Markt. Wohn- und Geschäftshäuser stets gesucht
 und an Hand. *1212

Immob.-Büro Fr. Fick, Waldhofstr. 14.
Druckerei-Verkauf
 In nächster Nähe Mannheims ist eine
 modern eingerichtete mittlere Druckerei
 mit Zeitungsverlag umfänglich sofort
 zu verkaufen.
 Angebote unter Y. M. 187 an die
 Geschäftsstelle dieses Blattes. 13196
 Wegen Geschäftsaufgabe sofort
 zu verkaufen: *1190

1 Wirtschaftsbüfett
 komplett neu renoviert, mit 3 Säulen, 1 Eis-
 schrank, 1 franz. Billard mit Baum-
 planze und allem Zubehör. 1 Hackklotz,
 neue Fleisch- und Krautständer,
 1 mittelgroßer, guterhaltener Herd,
 1 Gasherd mit Fuß und sonst noch Ver-
 schiedenes. Angelegen bei
Kast, Eichelsheimerstrasse 20.

**Bedienstetes
 Mädchen**
 zu kleiner Familie per
 1. November gesucht.
 *1141 O 4, 2. part.
Tücht. Alleinmädchen
 das etwas kochen kann,
 für sofort gel. 6318
 Hans, Viktorstraße 8.
Tüchtiges Mädchen
 das kochen kann, für
 Küche und Haushalt
 sofort gesucht. *1196
Weinrestaurant
Wolf, B 2, 4.
**Jünger, sauberes
 Mädchen**
 tagsüber gesucht. 7217
 Borzult. 1-2 Uhr tags.
T 6, 19 part. rechts.

Pitch pine-Anrichte
 Sofa mit Kissen
 375 M., Tapf-Stapere,
 Drehtische und andere
 Sachen billig zu verkaufen.
 Dräger, J 7, 23, 111.
 *1150

**Ein gutgeh., komplettes
 Schlafzimmer**
 sowie 1 großer
Rohrplattenkoffer
 (für Kleiderkasten passen)
 zu verkaufen.
 Luisenring 24, 11.

**Große Palme und
 Edeltanne**
 zu verkaufen. *1171
 Sonnenstraße 23, II. St.

**Seiden-
 Plüschmantel**
 mit Fell-Kragen und
 Manschetten, noch nicht
 getragen, umfänglich
 preiswert abzugeben.
 Tenjer, R 3, 15 a.

**Einmal, elegantes
 Ballkleid**
 preiswert zu verkaufen.
 Ansehen: *1202
 Fehlschicht 11, 2. Stod.

Woll-Kleider
 u. Hosen junger Mädchen,
 Kostümrock u. Hand-
 heilshosen für Frauen,
 sowie Liebhörner zu
 verkaufen. Geatoff,
 Rennershofstr 26. *1104

Zu verkaufen:
1 Aufzug
 1 Schrank (antik) *1188
Selb. Krautständer
 1 Schild
Fleischhaken f. Metzger.
G 6, 20, part.

Fahrrad u. Klappwagen
 verkauft *1205
Stamm, O 3, 13, 4
Gelogenheitsanruf!
10 Kleider *1195

Leiterwagen
 Stück nur 120 Mark.
 Liebigstr. 30, p. rechts

Glasplatten
 einseitig fein gerippt,
 8-11 mm stark
 41 Platten 84x64 cm
 20 Platten verschieden
 groß 60x50 bis 70x
 60 cm verkaufen
Herbstal - Werke
 Freudenstadt.

Billiger Möbelverkauf!
 Schlafzimmer
 Küchen-Einrichtungen
 Schränke,
 Matratzen, Diwan
 S. Heuer, Möbelhändler
T 4a, 5. St.
 Für Schneider *1313
 eine Nähmaschine
 mit Zentralpule zu ver-
 kaufen.
J 2, 4, 4. Stod.

**Kompl. Bade-
 Einrichtung**
 (Gasolen mit Zimmer-
 heizung und Wanne) gut
 erhalten, preiswert zu
 verkaufen. *1107
 Rosengartenstr. 1a, 3. St.

Leeres Zigarren-Kiosk
 preiswert abzugeben.
Zigarrenhaus Servus
P 3, 12. Blatten
 Tel. 6239. *1198

**Geschäfts-
 Dreirad**
 mit Kasten (Anhängel),
 gut erhalt. prima Gummi
 sofort zu verk. Anzug bei
 Meisezahl, D 2, 2.

**Leere Wein- u.
 Sektboxen**
 zu verkaufen bei 7229
Ehret, O 6, 2.
 Eine zweiteilige
Fuchsstute
 preiswert zu verkaufen.
Waldhof
 Sandhofstraße 22 part.

1 Orchestrier
1 Firmenschild
1 Wolfshund
 (1 Jahr alt) *1107
 zu verkaufen. **Langstraße 97**
 (Bücherei).

Kauf-Gesuche.
Gebr. Obstkörbe
 u. Dezimalwaage
 zu kaufen gesucht. *1101
 Angebote unter P. 3 u. 4,
 Redaran, Rotherstr. Nr. 60,
 Telefon 2394.
Hoteldressbuch
 vom Deutschen Reich zu
 kaufen gesucht. 6316
P 3, 15, L. D. Franz.

Schneeschuhe
 zu kaufen gesucht. *1209
 Angebote mit Preis-
 angabe unter P. V. 89
 an die Geschäftsstelle.

Miet-Gesuche.
 Junges, kinderl. Ehe-
 paar sucht *1162
**leeres oder
 möbl. Zimmer**
 ohne Küchen-Verbindung
 in der Nähe Ballweim
 oder Zatterfeld.
 Gef. Angebote unter
 O. X. 66 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Blattes.

Junger Kaufmann sucht per 1. November
möbliert. Zimmer
 event. mit voller Pension.
 Angebote u. P. S. 86 an die Geschäftsstelle. *1201

Statt Zwangseinquartierung.
 Suche ein Zimmer bei sehr
 guter christlicher Familie in feinem
 Hause. Eilangebote unter P. C. 71
 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *1177

Engros-Firma
 sucht möglichst sofort *1189
Lagerräume mit Büro
 evtl. kompl. Rückgebäude. Angebote
 unter P. J. 77 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Pension
 für ältere ruhige Frau
 gesucht. *13816
 Gef. Angebote unter P.
 O. 82 an die Geschäfts-
 stelle ds. Blattes.

Heirat
 Witwer, evgl. Anfang
 der 50er Jahre, mit
 eigenem Haushalt, alle-
 mählich in höherer Stel-
 lung als Ingenieur,
 mit schönem Service,
 möchte sich wieder
 verheiraten
 am liebsten mit einer
 Witwe im Alter von
 40-45 Jahren ohne
 Kinder, möglichst vom
 Lande.
 Angebote u. O. U. 63
 an die Geschäftsstelle.

Heirat
 Junges Mädchen, 25 J.
 alt, in höherer Stellung,
 wünscht mit liebenswerter
 Dame od. junger Witwe
 ohne Kinder, sowie b.
Heirat
 bekannt zu werden. Ein-
 heirat in kleines Geschäft
 bevorzugt. 10 Jahre be-
 mühen durch Verheiratung.
 Ehemalige Jüdische Wit-
 u. P. K. 75 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1193

Heirat
 Frauen aus guter
 Familie, evgl. tüchtig
 im Haushalt, Ende der
 30er, sucht, da es ihr an
 Gelegenheiten fehlt, Herrn
 mit gutem Charakter, in
 höherer Stellung, wieder
Heirat
 Frauen zu suchen. Ver-
 mögen und Aussehen
 nachsehen. Jüdisch, unt.
 P. U. 88 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1200

Heirat
 Welcher evtl. evtl. evtl.
 sollte Herr, Brauer
 od. Geschäftsmann, wäre
 geneigt die Bekanntschaft
 einer Witwe 40 J. bei
 über. häusl. u. geschäftl.
 tüchtig, lieb, versorgt,
 mit kleinem Verm. 150
 Mark vor, zu machen,
 weds. späterer *13815

Schlafzimmer
 2tägig und 3tägig noch
 preiswert. 7177
 Möbelhaus Schönberger
 R 7, 10.

Riedermeyer - Nähtisch
 1 Riedermeyer - Sessel
 mit 2 Stühlen
 Kleiderschrank
 Ital. Nubb. Stuhl
 zu verkaufen. 7233
 Hebelstraße 13, part.

**2 Theater-
 Scheinwerfer**
 à 3000 Mark, zum Ein-
 schluß an jede Licht-
 leitung, komplett mit
 artem Zubehö in
 Reihe-Stufe *1179

1 Kontrabaß
 altes wertvoll. Instrument

1 Viola
 alt, mit Kasten u. Bogen
 umfänglich, preis-
 wert zu verkaufen.
 Zu erfragen in der
 Geschäftsstelle ds. Bl.

**3 Varta-
 Glas - Akkul.**
 à 4 Volt, 60 Amp - Std.,
 mit reichem Zubeh. preisw.
 zu verkaufen. *1181
 Weig. Niederstr. 19, IV.

Größere Anzahl

**Unabhängiger jüngerer
 Herr sucht**
möbl. Zimmer
 auf 1. oder 2. Stock
 Angebote u. P. D. 72
 an die Geschäftsstelle.

Jünger Herr sucht
möbl. Zimmer
 gegen gute Bezahlung.
 Angeb. an Otto Kochel
 Friedrichstraße 38
 Hinterhaus, part. *1183

**Zwei in Handwerker-
 suchen einob.**
möbliertes Zimmer
 evtl. auch einzeln. *1210
 Jüdisch unt. P. W. 90
 an die Geschäftsstelle.

Wer vermietet
möbl. Zimmer
 auf 3-4 Wochen. *1200
 Angebote u. P. Q. 81
 an die Geschäftsstelle.

Unverheirateter Herr sucht
 möbliertes oder leeres
Zimmer
 im Zentrum der Stadt.
 (Preis Nebenbed.)
 Angeb. u. P. P. 83 an
 die Geschäftsstelle. *1199

Sol. Fräulein (Witwerin)
 sucht möbl. Zimmer
 Zeit kann event. gestellt
 werden. Preis Neben-
 bed. Zuschriften unter
 P. H. 76 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1187

Versand-Kartons
 leere Zigarren-Kistchen
 preiswert abzugeben.
Zigarrenhaus Servus
P 3, 12. Blatten
 Tel. 6239. *1198

**Geschäfts-
 Dreirad**
 mit Kasten (Anhängel),
 gut erhalt. prima Gummi
 sofort zu verk. Anzug bei
 Meisezahl, D 2, 2.

**Leere Wein- u.
 Sektboxen**
 zu verkaufen bei 7229
Ehret, O 6, 2.
 Eine zweiteilige
Fuchsstute
 preiswert zu verkaufen.
Waldhof
 Sandhofstraße 22 part.

1 Orchestrier
1 Firmenschild
1 Wolfshund
 (1 Jahr alt) *1107
 zu verkaufen. **Langstraße 97**
 (Bücherei).

Kauf-Gesuche.
Gebr. Obstkörbe
 u. Dezimalwaage
 zu kaufen gesucht. *1101
 Angebote unter P. 3 u. 4,
 Redaran, Rotherstr. Nr. 60,
 Telefon 2394.
Hoteldressbuch
 vom Deutschen Reich zu
 kaufen gesucht. 6316
P 3, 15, L. D. Franz.

Schneeschuhe
 zu kaufen gesucht. *1209
 Angebote mit Preis-
 angabe unter P. V. 89
 an die Geschäftsstelle.

Miet-Gesuche.
 Junges, kinderl. Ehe-
 paar sucht *1162
**leeres oder
 möbl. Zimmer**
 ohne Küchen-Verbindung
 in der Nähe Ballweim
 oder Zatterfeld.
 Gef. Angebote unter
 O. X. 66 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Blattes.

Junger Kaufmann sucht per 1. November
möbliert. Zimmer
 event. mit voller Pension.
 Angebote u. P. S. 86 an die Geschäftsstelle. *1201

Statt Zwangseinquartierung.
 Suche ein Zimmer bei sehr
 guter christlicher Familie in feinem
 Hause. Eilangebote unter P. C. 71
 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *1177

Engros-Firma
 sucht möglichst sofort *1189
Lagerräume mit Büro
 evtl. kompl. Rückgebäude. Angebote
 unter P. J. 77 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Pension
 für ältere ruhige Frau
 gesucht. *13816
 Gef. Angebote unter P.
 O. 82 an die Geschäfts-
 stelle ds. Blattes.

Heirat
 Witwer, evgl. Anfang
 der 50er Jahre, mit
 eigenem Haushalt, alle-
 mählich in höherer Stel-
 lung als Ingenieur,
 mit schönem Service,
 möchte sich wieder
 verheiraten
 am liebsten mit einer
 Witwe im Alter von
 40-45 Jahren ohne
 Kinder, möglichst vom
 Lande.
 Angebote u. O. U. 63
 an die Geschäftsstelle.

Heirat
 Junges Mädchen, 25 J.
 alt, in höherer Stellung,
 wünscht mit liebenswerter
 Dame od. junger Witwe
 ohne Kinder, sowie b.
Heirat
 Frauen zu suchen. Ver-
 mögen und Aussehen
 nachsehen. Jüdisch, unt.
 P. U. 88 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1193

Schlafzimmer
 2tägig und 3tägig noch
 preiswert. 7177
 Möbelhaus Schönberger
 R 7, 10.

Riedermeyer - Nähtisch
 1 Riedermeyer - Sessel
 mit 2 Stühlen
 Kleiderschrank
 Ital. Nubb. Stuhl
 zu verkaufen. 7233
 Hebelstraße 13, part.

**2 Theater-
 Scheinwerfer**
 à 3000 Mark, zum Ein-
 schluß an jede Licht-
 leitung, komplett mit
 artem Zubehö in
 Reihe-Stufe *1179

1 Kontrabaß
 altes wertvoll. Instrument

1 Viola
 alt, mit Kasten u. Bogen
 umfänglich, preis-
 wert zu verkaufen.
 Zu erfragen in der
 Geschäftsstelle ds. Bl.

**3 Varta-
 Glas - Akkul.**
 à 4 Volt, 60 Amp - Std.,
 mit reichem Zubeh. preisw.
 zu verkaufen. *1181
 Weig. Niederstr. 19, IV.

Größere Anzahl

**Unabhängiger jüngerer
 Herr sucht**
möbl. Zimmer
 auf 1. oder 2. Stock
 Angebote u. P. D. 72
 an die Geschäftsstelle.

Jünger Herr sucht
möbl. Zimmer
 gegen gute Bezahlung.
 Angeb. an Otto Kochel
 Friedrichstraße 38
 Hinterhaus, part. *1183

**Zwei in Handwerker-
 suchen einob.**
möbliertes Zimmer
 evtl. auch einzeln. *1210
 Jüdisch unt. P. W. 90
 an die Geschäftsstelle.

Wer vermietet
möbl. Zimmer
 auf 3-4 Wochen. *1200
 Angebote u. P. Q. 81
 an die Geschäftsstelle.

Unverheirateter Herr sucht
 möbliertes oder leeres
Zimmer
 im Zentrum der Stadt.
 (Preis Nebenbed.)
 Angeb. u. P. P. 83 an
 die Geschäftsstelle. *1199

Sol. Fräulein (Witwerin)
 sucht möbl. Zimmer
 Zeit kann event. gestellt
 werden. Preis Neben-
 bed. Zuschriften unter
 P. H. 76 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1187

Versand-Kartons
 leere Zigarren-Kistchen
 preiswert abzugeben.
Zigarrenhaus Servus
P 3, 12. Blatten
 Tel. 6239. *1198

**Geschäfts-
 Dreirad**
 mit Kasten (Anhängel),
 gut erhalt. prima Gummi
 sofort zu verk. Anzug bei
 Meisezahl, D 2, 2.

**Leere Wein- u.
 Sektboxen**
 zu verkaufen bei 7229
Ehret, O 6, 2.
 Eine zweiteilige
Fuchsstute
 preiswert zu verkaufen.
Waldhof
 Sandhofstraße 22 part.

1 Orchestrier
1 Firmenschild
1 Wolfshund
 (1 Jahr alt) *1107
 zu verkaufen. **Langstraße 97**
 (Bücherei).

Kauf-Gesuche.
Gebr. Obstkörbe
 u. Dezimalwaage
 zu kaufen gesucht. *1101
 Angebote unter P. 3 u. 4,
 Redaran, Rotherstr. Nr. 60,
 Telefon 2394.
Hoteldressbuch
 vom Deutschen Reich zu
 kaufen gesucht. 6316
P 3, 15, L. D. Franz.

Schneeschuhe
 zu kaufen gesucht. *1209
 Angebote mit Preis-
 angabe unter P. V. 89
 an die Geschäftsstelle.

Miet-Gesuche.
 Junges, kinderl. Ehe-
 paar sucht *1162
**leeres oder
 möbl. Zimmer**
 ohne Küchen-Verbindung
 in der Nähe Ballweim
 oder Zatterfeld.
 Gef. Angebote unter
 O. X. 66 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Blattes.

Junger Kaufmann sucht per 1. November
möbliert. Zimmer
 event. mit voller Pension.
 Angebote u. P. S. 86 an die Geschäftsstelle. *1201

Statt Zwangseinquartierung.
 Suche ein Zimmer bei sehr
 guter christlicher Familie in feinem
 Hause. Eilangebote unter P. C. 71
 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *1177

Engros-Firma
 sucht möglichst sofort *1189
Lagerräume mit Büro
 evtl. kompl. Rückgebäude. Angebote
 unter P. J. 77 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Pension
 für ältere ruhige Frau
 gesucht. *13816
 Gef. Angebote unter P.
 O. 82 an die Geschäfts-
 stelle ds. Blattes.

Heirat
 Witwer, evgl. Anfang
 der 50er Jahre, mit
 eigenem Haushalt, alle-
 mählich in höherer Stel-
 lung als Ingenieur,
 mit schönem Service,
 möchte sich wieder
 verheiraten
 am liebsten mit einer
 Witwe im Alter von
 40-45 Jahren ohne
 Kinder, möglichst vom
 Lande.
 Angebote u. O. U. 63
 an die Geschäftsstelle.

Heirat
 Junges Mädchen, 25 J.
 alt, in höherer Stellung,
 wünscht mit liebenswerter
 Dame od. junger Witwe
 ohne Kinder, sowie b.
Heirat
 Frauen zu suchen. Ver-
 mögen und Aussehen
 nachsehen. Jüdisch, unt.
 P. U. 88 an die Ge-
 schäftsstelle d. Bl. *1193

National-Theater Mannheim.

Donnerstag, den 27. Oktober 1921
13. Vorstellung in Miete. Abteilung D
(für Z. Parlett D 11)

Egmont

Tragödie in 5 Akten von Goethe. Musik von
Beethoven. Spielleitung: Hanns Loitz.
Musikalische Leitung: Paul Breisach.

In den Hauptrollen:

- | | |
|---|----------------------|
| Margaretha von Parma | Lea Rünkenfeld |
| Graf Egmont | Fritz Albert |
| Wilhelm von Oranien | Georg Köhler |
| Herzog von Alba | Hans Godeck |
| Ferdinand, spanischer König | Robert Vogel |
| Machiavelli, im Dienste der
Regentia | Josef Renker |
| Richard, Egmont's Geheimschreiber | Hans Herbert Michels |
| Klosterbruder, Egmont's Geliebter | Annette Le Wissner |
| Die Mutter | Johanna Sanden |
| Brackenburg,
eine Bürgerin | Richard Eggarter |
| Soest, Krämer | Alfred Landory |
| Jeter, Schneider | Ernst Städel |
| Zimmermeister | Karl Neumann-Hoditz |
| Seifenwäcker | Hugo Vossin |
| Boyc, Soldat aus Egmont's
Lager | Paul Rose |
| Vassan, Schreiber | Alexander Köker |
| | Robert Garrison |

Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Städt. Konzerte im Rosengarten

Sonntag, den 30. Oktober 1921, abends
8 Uhr im Nibelungenaal:

Einmaliges Gastspiel

Rio und Fery Gebhardt.

Rio Gebhardt: der 12jährige Meister-Dirigent und
Pianist
Fery Gebhardt: der 9jährige Solist am Flügel
Gesangliche Mitwirkung: Ernst Fr. Krauth (Tenor)

Rio Gebhardt ist jugendlicher Gastdirigent
der Staatsoper Kassel und Hannover, der phil-
harmonischen Orchester zu Karlsruhe, Berlin und
Breslau, der Kapellen in Wiesbaden und Baden-
Baden. Er hat in allen diesen Städten bei Pub-
likum u. Presse als Dirigent u. mit Fery zusammen
in Vorführungen aus zwei Flügeln sensationelle Er-
folge erzielt. Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat
die kleinen Gebhardt's bereits zu einem dritten
Gastspiel verpflichtet. Es empfiehlt sich die In-
anspruchnahme des am Donnerstag beginnenden
Vorverkaufs. An der Tageskasse, Sonntags ab
3 Uhr, erhöhte Preise.

Karten zu 4, 6 und 7 Mk. dazu die Steuer, im
Rosengarten und Verkehrsverein. Kassenzettel
im Rosengarten täglich 11-1 und 1 1/2-4 Uhr,
Sonntags 11-1 und ab 3 Uhr bis Konzertbeginn.
Kein Wirtschaftsbetrieb.

Künstlertheater „Apollo“

Abendlich 7 1/2 Uhr:
Das hervorragende Varieté-Programm:
Papageien-Cabaret, Sommer-Familie
und weitere Attraktionen.

RUMPELMAYER
Kabarett Weinrestaurant
8 1/2 Uhr 5^{ter} Eingang durch
Adolf Hartley 4. Wintergarten
des Kaffee, ab
der Urkomische. 10 Uhr offen.

Wilder Mann, N 2, 13

Heute abend 8 Uhr

Benellz-u. Ehrenabend

der Geschwister Nanny und Engelchen Smardy.
Verlängerte Pollzeitstunde. *1214

Jüdischer Jugendbund Mannheim
Samstag, 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
Simchas-Thora-Unterhaltung
mit Tanz 13206
im großen Saale der August-Lamy-Loge.

Am Wiederaufbau unseres Vaterlandes

mitzuarbeiten, ist Pflicht eines
jeden guten Deutschen!

Wer diese Pflicht erfüllen will, muß
sich am politischen Leben beteiligen. Darum
wird im Auftrag vieler Wähler darauf
aufmerksam gemacht, daß

Herr Landtags-Abgeordneter
Richard Freudenberg

über die wichtigsten Fragen, die in dieser
harten Zeit unser Volk bewegen, sprechen
wird 13196

am Donnerstag, 27. Okt., abends 8 Uhr
in Mannheim

im Nibelungenaal des Rosengarten
am Freitag, 28. Oktober, abends 8 Uhr
in Weinheim im Prinz Wilhelm

Kommt und hört!

Hüte
in jed. Preislage, Umarm u. Um-
press. v. Dam. u. Herrenh. bill.
C. Scheuer, Modes.
Sockenheimerstrasse 46.512

Warenhaus
KANDER
Mannheim
Spezial-Verkauf
enorm preiswerter
Damen-Mäntel
Frühzeitig erworbene, gewaltige Vorräte, in flotten, modernen Formen und molligen Stoffen
Hauptpreislagen: 129.- 169.- 295.- 475.- 690.-
Besichtigen Sie unsere Spezial-Abteilung und Fenster!
Pelzkragen schwarz und farbig, Tier- und Kragenform 88.- 119.- 98.-

Möbel
auf Teilzahlung
Komplette Schlafzimmer
Küchen
Chaiselongues u. Sofas
Kleiderschränke
Bettstellen
einzelne Küchenschränke
Tische und Stühle.
Anzüge
Ulster
Ersatz für Mann
Günstige Zahlungsbedingungen
bei 7311
Jul. Jttmann Nachf.
Mannheim, H 1, 8.

Volks-Theater, U 1, 6
Ab Freitag
Der König
der Manege
der I. Albertini-Film
der neuen Saison!
Harry Piel!
Eddie Polo!!
Albertini!!!
Wer ist der beste
Sensations-Darsteller?
Das soll Publikum entscheiden!

Pelz-Hüte
Halt, leicht, bequem, in allen
Pelzarten. — Änderungen
nach Modellen innerhalb
14 Tagen. 13214
Anfertigung von Pelz-Kragen
und Mäffen, auch von ge-
tragenem Pelzwerk
F. Sondheim-Tausig
Rathaus Bogen 3
neben Blumenhaus Kocher.

An alle Klempnermeister, Zöhl. Gewerbe u. Betriebe!
Löten von Aluminium!
Nun ist es durch eine große Erfindung gelungen,
Aluminium mit einem einfachen Apparat
ohne Sülzflößen
und ohne jegliche Zuleitung von Gasen, leicht
und rasch in allen anderen Metallen zu löten.
Jedes Zinnlot verwendbar.
Die Anschaffung dieses Apparates erfordert nur
eine einmalige Ausgabe von RM. 33.— mit
Gebrauchsanweisung. In bester Ausführung
W. Pfeiffer, Pforzheim, Keller Friedenstr. 47.
Hörberverfäher erhalten besten Rabatt! 13202

Wanduhren u. Wecker
mit prima Messingwerken u. sauberen Gehäusen.
Kauf Sie zu außergewöhnlich billigen Preisen bei
Ludwig Groß P. 2, 4a
Besichtigung meines großen Lagers ohne
Kaufzwang gestattet. 5136

Ueber
CARL BOLESKO
biegen Sie sich
vor Lachen!

Die gutgekleidete Dame
trägt
RORSSETT'S
nach Maß
VON
Betty Vogel
Mannheim, P 5, 15/16
Aus prima Stoffen, guten Zutaten und
4 Haltern . . . von Mk. 170.— an 5368

Kunstwerkstätten
für
Pelzbekleidung
Pelzhaus Kunze
Mannheim, N 2, 6, Paradeplatz, Tel. 6534 und 6535
Anfertigungen nach Mass
Modernisieren, Umarbeitungen

Herren- und Damenhüte
Fils u. Velourweb gewaschen, gefärbt
nach den neuesten Wintermodellen
1921/22 umgeprägt. 5123
Musterhüte liegen auf.
Wasserdicht Joos, Mannheim
Q 7, 20 Telefon 5096 Q 7, 20

Nebenzimmer
80-100 Bf. fahrb.
zu vergeben *1150
Friedrichshof
S 2, 1.

Zeugnis-Abschriften
Schlitz
07, 1 15143, Tel. 6770.

Auf
Ratenzahlung
beliebig billig!
Lampen
für 7149
Gas und Elektrisch
Gasherde
Bade-Oelen
Badewannen
Elektr. Kocher
Elektr. Bügeleisen
Peter Bucher
L 6, 11.

Bedeutende
Vergrößerung uns. Abteil.
Musikinstrumente
Lauten 6stimmig
Bass-Lauten 9- u. 10stimmig
Lauten-Mechaniken
Schmuckbänder S140
Traghänder
Saiten.
L. Spiegel & Sohn G.m.b.H.
Heidelbergstr. 0 7, 9

„Herren-, Damen-“
Häute werden, ändert,
repar., bügelt, reinigt wie
neu. Schneider, Ober-
gürtel 11, Rube Wis-
manplatz. 636

Kolosseum
Ab heute! Ab heute!
In beiden Theatern
Der gelbe Tod
II. Teil
Großstadt-Sitten-Drama in sieben Akten
Vollständig für sich abgeschlossene Handlung!
Erst-Aufführungsrecht für Mannheim!
Dieselben Darsteller wie im ersten Teil!
Ausserdem: Grosses Beiprogramm!
Man sichere sich rechtzeitig Plätze!
Anfang 5 Uhr! Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Ein jeder soll
es wissen!
dass jetzt die beste Zeit
ist, seine alten Sachen
wie Säcke, Lumpen,
Papier, Flaschen,
Eisen, Messing,
Zinn, Zinn,
Kupfer, Möbel, Kleider, Schuh
u. w. abzugeben.
Wenden Sie sich an den
H. Wachtel
Tel. 7815 S 4, 6 Tel. 7815
Größere Mengen werden besser bezahlt.

Geschäfts-Beteiligung.
Suche mich an einem rentablen Ge-
schäfte tätig zu beteiligen. Groß-
Verkäufe, Lorenzstraße und elektr. Kraftstation
vorhanden. Angebote unter O. V. 64 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes. *1150

3 Zimmer-Wohnung
Hagartenstraße
geg. 3-5 Zimmerwohn. zu tauschen gesucht
Angebote unt. P. M. 80 an die Geschäftsstelle. *1150